

# Überlieferer Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Überlieferer Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Telefon Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgegliederte Zeitschrift über dreien Raum 40 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 178.

Donnerstag, den 1. August 1918.

25. Jahrg.

## Wie lange noch?

An der Schwelle des fünften Kriegsjahres drängt sich die Frage auf aller Lippen: Wie lange noch? Wann endlich wird es gelingen, dem fürchterlichen Vernichtungskampf unter den Völkern Europas ein Ende zu machen? Wann wird uns der Friede, zurückgegeben werden und wie wird dieser Friede schließlich aussehen? Wird er ein wirklicher und dauernder Friede sein, der den Völkern die Ruhe gewährt, an die Heilung der schweren Kriegswunden heranzugehen, oder wird es nur ein Waffenstillstand sein, dem nach nicht langer Frist ein neuer blutiger Kampf von vielleicht noch unangemesseneren Dimensionen und mit noch schrecklicheren Kampfmitteln als bisher folgt? Eine positive Antwort darauf zu geben, ist heute noch unmöglich, um so unmöglicher, als auf der Seite unserer Feinde, wenigstens bei den für die Entscheidung maßgebenden Männern, noch immer nicht die Einsicht eingeleuchtet ist, daß ihr Vernichtungswille selbst unter den blutigsten Massenopfern nicht das vorgestechte Ziel erreichen kann. Sie wollen nicht sehen, daß, wenn nicht endlich die Vernunft siegt, das Ende des fürchterlichen Ringens nur die vollständige Erschöpfung ganz Europas und die Vernichtung seiner Kultur sein kann, daß selbst für den „Sieger“ nichts übrig bliebe, was ihm als Siegespreis für die ungeheuren Opfer entsprechenden Lohn gewähren könnte.

Beim deutschen Volke und bei den Völkern der Mittelmächte ist glücklicherweise die Einsicht vorhanden. Aus ihr sind die Friedensangebote entsprungen; auf ihr fußt die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli v. J.; sie hat Ausdruck gefunden in der Antwort auf die Wilsonnote und auch schon in der Erklärung Bethmann Hollwegs, daß die deutsche Regierung bereit sei, über die Errichtung eines Völkerbundes zu verhandeln, wie er von Wilson angeregt war, als er noch den Ehrgeiz hatte, der Friedenspräsident zu sein, der berufen sei, Europa aus dem Unglück des Krieges zu erlösen.

Bei der Entente aber sitzen noch heute die Kriegshexen schlimmerer Sorte am Ruder und bemühen sich, auch bei ihren Völkern immer erneut den Kriegswillen anzustacheln. Nur sehr schwachen regen sich dort die Friedensgedanken und die Regierungen, zumal die französische, tut alles, um die Friedensfreunde zu verdrängen als heimliche Helfer Deutschlands. Clemenceau läßt alles, was der Friedensneigung verdächtig ist, ins Gefängnis werfen und wegen „Defaitismus“ vor Gericht schleppen, um die Männer unschuldig zu machen, die berufen sein könnten, den Frieden zu vermitteln. Die Prozesse gegen die ehemaligen Minister Malon und Caillaux sind charakteristische Beispiele dafür.

Und doch marschieren auch in den uns feindlichen Staaten der Friedensgedanke, wenn auch langsam, sehr langsam. Man müßte ja auch an der Menschheit und an ihrem Verstande verzweifeln, wenn es nicht so wäre. Jedem Denkenden drängt sich nicht nur die Frage auf: Wie kommen wir aus dem fürchterlichen Glend des Krieges heraus?, sondern auch die weitere: Wie kann einer Wiederholung solcher Greuel vorgebeugt werden? Aus den darüber angestellten Erwägungen ist die Idee eines Völkerbundes geboren. Nicht erst im blutigen Kampfgetümmel des Krieges, sondern schon vorher, als die Gefahr des Weltkrieges nur erst als drohende Wolke über den Völkern schwebte. Die Internationale, die der Krieg so jämmerlich zerschmettert hat, war der Anfang einer Organisation der Völker zu friedlicher kultureller Zusammenarbeit, aus der allein die erhoffte und erstrebte sozialistische Gesellschaftsorganisation hervorgehen konnte. Der Kongress in Basel, an dem auch friedensfreundliche bürgerliche Elemente teilnahmen, setzte sich die schöne Aufgabe, den Weltfrieden zu sichern durch Verständigung unter den Staaten über eine Art internationaler Schiedsgerichte zur Schlichtung der Streitfragen und durch Beschränkung der militärischen Rüstungen. Die fürchterlichen Erfahrungen des Krieges müssen diesen Gedanken neue Kraft verleihen, weil die Rettung der Menschheit davon abhängt, daß ein Weg gefunden wird, auf dem wir zur Beseitigung des Krieges überhaupt, wenigstens unter den Kulturvölkern, kommen. Der schreckliche Wahnsinn muß weichen, daß die Völker Streitigkeiten nur durch gegenseitige Vernichtung zum Austrag bringen müssen.

So treten wir nun in das fünfte Kriegsjahr ein. Vier Jahre des entsetzlichen Mordens, vier Jahre der fürchterlichsten Verwüstung, vier Jahre der Entbehrung liegen hinter uns! Wie lange noch soll dieser Wahnsinn weitergehen, wie lange noch soll junges Menschenblut vergossen, der Reiz der Blüte der Nationen dahingemerkelt werden? Die Antwort auf diese Fragen kann nur lauten: Wenn überall die Völker erwachen, wenn sie sich wieder als Menschen fühlen. Der Sieg des Friedens über den Krieg bedeutet den Sieg des Menschheitsgedankens über Barbarei und Kulturzerstörung. Mit Sehnsucht harren wir des Tages, wo diese Erkenntnis sich in den Köpfen der Völker jener Nationen, die heute noch mit uns im Kriege liegen, Bahn bricht. Langsam, zu langsam reißt diese Erkenntnis auch jenseits der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle heran.

Aber sie marschieren, wie jetzt wieder die Tagung der französischen Sozialisten beweist. Der Friedensgedanke wird und muß sich die Welt erobern, allen Kriegstreibern und Hezern zum Trost!

## Geistliche und der Krieg.

Es ist wohl unbestreitbar, daß der grauenvolle, unbarmherzige Massenmord des Krieges mit der christlichen Lehre, die gebietet: „Du sollst nicht töten“ und „Liebet eure Feinde“, absolut nicht zu vereinbaren ist. Um so abstoßender berührt es, wenn Geistliche, also bezahlte Angestellte der christlichen Kirche, Loblieder auf den Krieg singen oder für seine Verewigung dadurch wirken, daß sie die Eroberungspläne der Gewaltpolitiker propagieren. Man sollte meinen, daß solches mit dem Wesen der christlichen Religion in unüberbrückbarem Widerspruch steht, aber das empfinden gewisse Pastoren anscheinend garnicht, denn sonst wäre es nicht möglich, daß Pastor Phillips in Charlottenburg im Winter 1916 in seinem Blatte „Reformation“ folgendes schreiben konnte:

„Gott sei Dank, daß der Krieg gekommen ist; ich sage es auch noch heute, im dritten Kriegsjahr.“

Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben; ich sage es auch heute noch, trotz der vielen Opfer. Darum sage ich es noch einmal:

Gott sei Dank, daß wir den Krieg haben. Er allein kann unser Volk noch retten, wenn es überhaupt noch möglich ist, wie wir zuversichtlich hoffen. Er ist das größte Operationsmesser, mit dem der große Arzt der Völker die fürchterliche, alles vergiftende Eiterbeule ausschneidet.

Und Gott sei Dank, daß wir noch keinen Frieden haben. Die Wunde würde sich bald wieder schließen und das Uebel würde ärger werden denn zuvor.“

Wir erinnern an diese unmenbliche Auslassung eines evangelischen Geistlichen, weil der Mann jetzt von den pommeranischen Konventionen für besonders geeignet gehalten wird, als Kandidat für die Landtagserwahl im Wahlkreis Stolp-Lauenburg aufgestellt zu werden. Die Mütter und Frauen und Kinder, die durch den Krieg ein Uebelmaß von Weh und Leid erdulden müssen, werden es nicht vermissen, daß Pastor Philipp Gott dafür dankt!

Ein weiterer Kriegsprediger, an dem die Gewaltfriedensanhänger und Kriegsbekler ihre Freude haben, ist der Pfarrer Dr. Gottfried Traub, den einstmalig die westfälischen Reaktionen wegen zu freier Betätigung in die Wüste jagten, der aber nunmehr einer ihrer besten Helfer ist. Traub hat anscheinend gelegentlich wohl das unangenehme Empfinden, als könnten bei seinen religiösen Glaubensgenossen doch Zweifel darüber entstehen, ob sich Christentum und Kriegshetzeiten resp. der Krieg an sich mit den Geboten Gottes, die sie der Katechismus enthält, vertragen könnten. Um ihnen das plausibel zu machen, redete er an einem der letzten Sonntage in einer Versammlung in Chemnitz über das Thema „Gott und der Krieg“. Das ist für einen Geistlichen gewiß eine sehr heikle Aufgabe. Sagt doch das fünfte Christengebot ausdrücklich: Du sollst nicht töten! Das ist fatal, aber nicht so sehr, als ein frommer Christ, der wegen des Krieges in schweren Gewissensnöten leidet, sich denkt. Dr. Traub verkündete die jedes strenggläubige Christenherz befreiende und beglückende Entdeckung, daß der hebräische Krieg des fünften Gebotes nicht lautet: Du sollst nicht töten!, sondern: Du sollst nicht morden! Das wird schon stimmen. Merkwürdig ist nur, daß man das erst jetzt, mitten in diesem entsetzlichen Völkerringen entdeckt oder wenigstens es erst jetzt dem überraschten Volke verkündet. Das macht bei nüchternen und nachdenklichen Menschen natürlich einen sehr merkwürdigen Eindruck. Das scheint selbst Herrn Traub zum Bewußtsein gekommen zu sein, denn er hielt es für notwendig, hinzuzufügen, daß diese Feststellung etwa kein dialektisches Kunststückchen sei. Wir sind gewiß mit Dr. Traub der Meinung, daß der Soldat kein Mörder ist. Nur ein unwürdiger Tor könnte das Gegenteil behaupten. Aber die Tatsache läßt sich doch nicht aus der Welt schaffen, daß der Krieg selbst ein großes Massenmorden ist und dem fünften Gebot und der Christenlehre daher stracks zuwiderläuft.

Die von Traub gemachten feinen Unterschiede zwischen Töten und Morden zum Zwecke der Rechtfertigung eines Blutvergießens, dem Millionen Unschuldige zum Opfer gefallen sind, und dem weiter täglich Tausende zum Opfer fallen, dürften kaum den gewünschten Eindruck machen. Sie werden nur den Zweifel an der inneren Aufrichtigkeit des Christentums vermehren. Da doch der Grundzug der christlichen Lehre Liebe und Verzeihung ist, so müßte man eigentlich erwarten, daß ihre Verkünder die eifrigsten Förderer der Friedensbestrebungen wären.

Es gibt auch Geistliche, die das sind. Man erinnert sich wohl der Schritte, welche der Papst — leider vergebens! — im Interesse der Wiederherstellung des Friedens unternahm. Am letzten Sonnabend brachte der nationalliberale „Hamb. Corr.“ einen Artikel, in dem mit Genugtuung berichtet wird, wie sich ein amerikanischer Geistlicher von der Kanzel herab über den Krieg geäußert hat. Darin heißt es:

„Glücklicherweise gibt es auch Geistliche, die aus ihrem Herzen keine Mördergrube machen, die Mannes genug sind, für ihre Ueberzeugung einzutreten, selbst wenn die Ueberzeugung in Worten ausgedrückt, jeder Regierung unpopulär ist.“

Sie sind keine Synodengewächse. Daher ihr freier Mund. Erst wenige Wochen ist es her, daß in Newyork der Seelsorger einer der größten, einflußreichsten Gemeinden Stellung zur Wilson-Politik genommen hat: Dr. John Haynes Holmers, Rektor der „Kirche des Messias“ in Newyork. Schon sein Name verrät die englische Abitammung. Seine Wiege stand im gleichnamigen Staat der Stadt, der er seine gute Prämie dankt. Er ist ein Mann, tief religiös, mit ausgeprägtem Rechtlichkeitsinn. Seine folgenden Worte bezeugen es:

„Kein Mensch ist weise genug, keine Nation wichtig, kein menschliches Interesse wertvoll genug, um diese Massenzerstörung und diesen Massenmord zu rechtfertigen, aus denen sich der Krieg zusammensetzt. Diese Worte habe ich vor zwei Jahren von derselben Stelle aus gesprochen, von der ich sie heute wiederhole. Während dieser Zeit hat sich nichts ereignet, das meine Ansicht über den Krieg zu ändern vermocht hat. Im Gegenteil, viel ist geschehen, das meine ursprüngliche Ansicht bestärkt. Wenn der Krieg zu Recht besteht, dann befindet sich das Christentum im Irrtum, ist falsch, eine Lüge. Wenn das Christentum zu Recht besteht, dann ist die angemessene Berechtigung zum Krieg ein Irrtum, ist falsch, eine Lüge. Kein Befehl eines Präsidenten oder eines Gouverneurs vermag mich zu diesem Geschäft des Tötens zu überreden oder zu zwingen. Solange ich Ihr Seelsorger bin, werden in dieser Kirche, wenn nirgendwo anders in ganz Amerika, die Deutschen nach wie vor in die Familie der Kinder Gottes eingeschlossen sein. Kein Wort des Hasses soll gegen sie gesprochen, kein böses Schicksal auf sie herabgewünscht werden. Ich werde der hungernden Millionen in Belgien, Serbien, Polen und Armenien eingedenk sein, die meine Landsteuern vernachlässigen mögen, um des „wichtigeren“ Geschäftes willen, Deutsche zu töten.“

Wie trunthoch stehen diese Äußerungen des amerikanischen Geistlichen über denjenigen seiner deutschen Glaubensbrüder Traub und Phillips. Sie suchen nicht sophistische Unterschiede zwischen Töten und Morden heraus, um den hawinistischen Standpunkt den zweifelnden Gläubigen genießbar zu machen, sondern sagen klar, daß Krieg und Christentum nicht miteinander vereinbar sind. Es ist natürlich die eigene Sache der christlichen Pastoren, welche Haltung sie zum Kriege einnehmen. Nur werden sich manche dieser Herren nicht zu wundern brauchen über die Erträge der Saat, die sie ausstreuen. Diejenigen, welche die Aufklärung des Volkes erstreben, werden das nicht zu bedauern haben.

## Die Situation der russischen Räteregierung.

Die bolschewistische Regierung befindet sich in einer recht prekären Lage. Im Innern Großrusslands, das aber allgemach ein Kleinrußland geworden ist, Hunger, Arbeitslosigkeit, Epidemien! Die Bauern aufständig, die Sozialrevolutionäre stets des Augenblicks gewärtig, wo ihnen ein Schwächepunkt des industriellen Proletariats, der einzigen aktionsfähigen Gesellschaft Lenins, die Herrschaft in die Hände spielt.

Charakteristisch ist, daß das Rückgrat der gegen die Bolschewiken gerichteten oppositionellen Bewegung die Tscheko-Slowaken sein können, die im Ganzen wohl über 100 000 Mann zählen, aber durch russisch-nationale Freiwillige, ehemalige Offiziere und Kosaken unterstützt werden und unter streifer Jucht und fester Führung stehen. Aber ihre Macht ist zerstückelt. Sie stehen von Simbirsk bis nach Madawok. Ihre Zahl im europäischen Rußland wird auf 50 000 Mann geschätzt, wozu noch Kosaken kommen. Sie suchen sich im getreiderreichen Wolgagebiet festzusetzen und wenn möglich mit dem im äußersten Norden, im Ural, man, operierenden Engländern, deren Zahl 20 000 wohl nicht übersteigt, in Verbindung zu treten. Dieser Versuch dürfte mindestens aufgehalten sein dadurch, daß den Bolschewiken die Unterstützung des Aufstandes in Jaroslaw (zwischen Moskau und Wologda) gelungen ist — ihr einziger Erfolg in den letzten Wochen.

In Sibirien gibt es drei Regierungen: die westsibirische in Omsk, die angeführt von Großfürsten Michael Alexandrowitsch an der Spitze hat und wegen des Reichtums ihres Gebietes an Getreide, Vieh und Butter wertvollste Verhandlungsobjekte besitzt. Weiter östlich, von Irkutsk bis zum Kaskasse, hatten sich die von der Moskauer Regierung räumlich getrennten Sowjets, wie überhaupt wird, mit Hilfe deutscher, ungarischer und deutsch-österreichischer Kriegsgefangener. Das Gebiet um den Baikalsee ist deswegen so wichtig, weil dort die sibirische Bahn in grandioser Leitungführung das Gebirge durchbricht. Die zahlreichen Tunnels können leicht vernichtet werden und damit würde der Bahnbetrieb auf unabhörbare Zeit lahmgelegt. Nach weiter östlich bis Madawok herrscht mit tscheko-slawischer Hilfe die Regierung des Generals Horwat und erwartet die Landung der Japaner und allenfalls auch nordamerikanischer Kontingente.

Die mohammedanischen Bewohner Turkestans haben sich um Schutz an England gewandt, das ist trotz seines Kampfes gegen das Kalifat noch Freunde in der islamitischen Welt zu besitzen scheint, und dieser Bitte ist natürlich sehr bereitwillig entsprochen worden. Angloindische Kavallerie tragt bereits am Ostufer des Kaspiischen Meeres. Buchara und Chiwa sind lockende Ziele.

In ihrer Wirtschaftspolitik haben die Bolschewiken lebhafte die Annulierung aller Aktien und Schuldverschreibungen ausgesprochen, die eigenen Kapitalien (Grundkapital und Reserven) der früheren Privatbanken konfiszieren, den Außenhandel verstaatlichen, den Verkehr von Eisen und Stahl bei den nationalisierten, früheren Syndikatsverkaufsgesellschaften Prodamot und Kresla konzentriert. Ueber den praktischen Erfolg ihrer Tätigkeit schwanken die Urteile. Hunger und Arbeitslosigkeit sind vorläufig nicht gebannt. Zur Ehre der Bolschewiken sei aber auch der russische Sonderberichterstatter des „Berliner Tagblattes“, Hans Bork, zitiert, der bei aller Skepsis gegen die Zukunft der bolschewistischen Regierung besonnt, daß sie auf vielen Gebieten eine gewaltige organisierte Arbeit leistet.“

Der Ernst der Lage der Räteregierung erhellt aus folgenden Meldungen:

In der gemeinsamen Sitzung des ausführenden Hauptauschusses des Moskauer Rates und der Arbeiterorganisationen im Großen Theater am 30. Juli, an der zehntausend Mitglieder teilnahmen, wurde nach den Reden Lenin und Trozkis folgende Entschliessung angenommen:

1. Das sozialistische Vaterland befindet sich in Gefahr.
2. Die Hauptaufgaben des gegenwärtigen Augenblicks sind: Abwehr der Tscheko-Slowaken und Zufuhr von Getreide.
3. Unter den Arbeitermassen ist die kräftigste Agitation zur Aufklärung über den Ernst der Lage einzuleiten.
4. Gegenüber der Bourgeoisie, die sich überall der Gegenrevolution anschliesst, ist die Wachsamkeit zu vermehren. Die Sowjetregierung muss sich den Rücken decken. Zu diesem Zweck muss die Bourgeoisie unter Kontrolle gestellt und in Praxis gegen sie der Massenterror durchgeführt werden.
5. Die allgemeine Losung muss sein: Tod oder Sieg! Massenexpedition nach Brot, Massenausbeutung in militärischer Beziehung, Massenbewaffnung der Arbeiter, Anspannung der Kräfte zum Kampf gegen die gegenrevolutionäre Bourgeoisie! — Der Aufbruch des Volksbeauftragten für innere Angelegenheiten an die Gouvernements- und Kreisauschüsse erklärt, dass Moskau und Petersburg bereits vier Tage ohne Brot seien, und fordert dringend zur Rettung der Hauptstädte vor Hungersnot auf.

Die „Sowjetiza“ bringt unter der Überschrift „Das soziale Vaterland in Gefahr“ folgenden Leitartikel von Steklow: Die englisch-französischen Imperialisten operieren planmäßig; auch ein Blinder kann sehen, dass die verschiedenen Vorgänge von einem Zentrum ausgehen, wie auf Kommando. Dieses geheime Zentrum ist jetzt bekannt. Es sind die Kriegsstädte der diplomatischen Kanzleien des Ententeimperialismus. Jetzt ist die Räterepublik vom Norden, Osten und Südosten durch einen Halbiring von Kriegseperationen umzingelt, wo die äußeren Feinde mit den Elementen der Gegenrevolution eine Front bilden. Jetzt ist die Gefahr eigentlich noch viel größer, als im Februar, und heroische Entschlüsse sind nötig. Der Todfeind klopft schon an die Pforte der Räterepublik und bringt Ketten den Massen und Tod den Führern. In Gefahr ist nicht nur die Sowjetregierung, sondern das Weltproletariat, welches in der Räterepublik sein Ideal sieht. Möge überall die Alarmglocke ertönen. Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr.

Die „Sibirische Post“ bringt einen Leitartikel von Katin, in welchem es heißt: die tscheko-slowakische Gefahr wächst. Die Getreidezentren sind verloren, die Wasserstraßen und östlichen Eisenbahnlinien ebenfalls. Es ist schwer zu denken, was aus der Räterepublik werden soll, wenn die Vormärtsbewegung der Tscheko-Slowaken eben so schnell vorwärts geht, wie bisher.

## Was der Krieg bringt.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 31. Juli. (Amtlich.) An der Kampffront herrscht tagsüber Ruhe.

### Deutschland an der Schwelle des zweiten Kriegsjahres.

Amtlich werden folgende Erlasse veröffentlicht:

#### An das deutsche Volk!

Vier Jahre schweren Kampfes sind dahingegangen, ewig denkwürdiger Tagen voll. Für alle Zeiten ist ein Beispiel gegeben, was ein Volk vermag, das für die gerechteste Sache, für die Behauptung seines Lebens, im Felde steht. Dankbar die göttliche Hand verehrend, die gnädig über Deutschland waltete, dürfen wir stolz bekennen, daß wir nicht unwert der gewaltigen Aufgabe erstanden wurden, vor die uns die Vorsehung gestellt hat. Wenn unserem Volke in seinem Kampfe Führer, zum höchsten Völkering befähigt, gegeben waren, so hat es täglich in Treue bewährt, daß es verdiente, solche Führer zu haben. Wie hätte die Wehrmacht draußen ihre gewaltigen Taten verrichten können, wenn nicht dabei die gesamte Arbeit auf das höchstmögliche persönliche Leistung eingestellt worden wäre? Dank gebührt allen, die unter schwierigsten Verhältnissen an den Aufgaben mitwirkten, die dem Staat und der Gemeinde gestellt sind, insbesondere unserer unermüdbaren Beamtenarbeit, Dank dem Landmann wie dem Städter, Dank auch den Frauen, auf denen so viel in dieser Kriegszeit lastet.

Das zweite Kriegsjahr, das heute heraufsteigt, wird dem deutschen Volke auch weitere Entbehnungen und Prüfungen nicht ersparen. Aber was auch kommen mag, wir wissen, daß das Härteste hinter uns liegt. Was im Osten durch unsere Waffen erreicht und durch Friedensschlüsse gesichert ist, was im Westen sich vollendet, das gibt uns die feste Gewißheit, daß Deutschland aus diesem Völkerring, der so manchen mächtigen Stamm zu Boden warf, hart und kraftvoll hervorgehen wird.

An diesem Tage der Erinnerung gedenken wir alle mit Schmerz der schweren Opfer, die dem Vaterlande gebracht werden mußten. Diese Taten sind in unsere Familien gerissen. Das Leid dieses furchtbaren Krieges hat kein deutsches Haus verschont. Die als Knaben in junger Fegigkeit die ersten Truppen hinauszuschicken, stehen heute neben den Vätern und Brüdern selbst als Kämpfer in der Front. Heilige Pflicht gebietet, alles zu tun, das dieses kostbare Blut nicht unnütz fließt. Nichts ist von uns verabsäumt worden, um den Frieden in die verörterte Welt zurückzuführen. Noch aber findet im feindlichen Lager die Stimme der Menschlichkeit kein Gehör. So oft wir Worte der Versöhnlichkeit sprachen, schlug uns Hohn und Haß entgegen. Noch wölken die Feinde den Frieden nicht. Ihre Scham heuchelt sie mit immer neuen Verleumdungen den reinen deutschen Namen. Immer wieder verkünden ihre Wortführer, daß Deutschland vernichtet werden soll. Darum heißt es weiter kämpfen und wirken, bis die Feinde bereit sind, unser Lebensrecht anzuerkennen, wie wir es gegen ihren übermächtigen Ansturm tapfer verteidigen und erkämpfen haben. Gott mit uns!

Im Felde, den 31. Juli 1918.

(gez.) Wilhelm, I. R.

#### Das deutsche Heer und die deutsche Marine!

Vier Jahre erster Kriegszeit liegen hinter Euch. Einer Welt von Feinden hat das deutsche Volk mit seinem treuen Verbündeten tapfer widerstanden, durchdrungen von seiner gerechten Sache, gekämpft auf sein liebendes Schwert und im Vertrauen auf Gottes gnädige Hilfe! Euch innigster Anzugsgeist trug im ersten Jahre den Krieg in das feindliche Land und hat die Heimat vor den Schrecken und Verwüstungen des Krieges bewahrt. Im zweiten und dritten Kriegsjahre habt Ihr durch vernehmliche Schläge die Kraft des Feindes im Osten geschwächt. Während dessen hat Euer Kameraden im Westen gewaltiger Wehrmacht tapfer und heldenhaft die Seiten. Als Frucht dieser Siege brachte uns das dritte Kriegsjahr im Osten den Frieden. Im Westen wurde der Feind von der Wucht Eures Angriffes empfindlich getroffen. Die gewonnenen Feldstellungen der letzten Monate zählen zu den höchsten Ruhmesstätten deutscher Geschichte. Ihr habt mitten im härtesten Kampf die bewährteste Kraftentfaltung des Feindes und wie bisher an Eurer Tapferkeit bewiesen. Das bin ich über und mit mir das ganze Vaterland. Uns werden nicht die amerikanischen Heere und nicht die zahllosen Uferarmeen. Es ist der Geist, der die Entschlossenheit bringt. Das lehrte die preussische und deutsche Geschichte, das lehrte der bisherige Verlauf des Weltkrieges. In treuer Kameradschaft mit meinem Heere steht meine Marine in unerschütterlichem Stehvermögen im Kampfe mit dem vielzahl überlegenen Gegner. Den

vereinten Anstrengungen der größten Seemächte der Welt zum Trotz führen meine Unterseeboote zäh und des Erfolges gewiß den Angriff gegen die dem Feinde über die See zutreffende Kampflinie und Lebenskraft, stets zum Schagen bereit, bahnen in unermüdlicher Arbeit die Hochseeflotte den Unterseebooten den Weg ins offene Meer und sichern ihnen im Verein mit den Berteidigern der Küste die Quaseln ihrer Kraft. Fern von der Heimat hält eine kleine heldenmütige Schar unserer Schutztruppe erdrückender Wehrmacht tapfer stand. In Ehrfurcht gedenken wir aller derer, die ihr Leben für das Vaterland hingaben. Durchdrungen von der Sorge für die Brüder im Felde, stellt die Bevölkerung dabei ihre ganze Kraft in entlassungsvoller Hingabe in den Dienst unserer großen Sache. Wir müssen und wir werden weiterkämpfen, bis der Vernichtungswille des Feindes gebrochen ist. Wir werden dafür jedes Opfer bringen und jede Kraftanstrengung vollbringen. In diesem Geiste sind Heer und Heimat unzertrennlich verknüpft. Ihr einmütiges Zusammenstreben, ihr unbedingter Wille wird den Sieg im Kampfe für Deutschlands Recht und Deutschlands Freiheit bringen. Das wolle Gott!

Im Felde, den 31. Juli 1918. (gez.) Wilhelm, I. R.

#### Die Verluste des Verbandes seit Kriegsbeginn.

Bereits am 2. August 1917 betragen die Verluste des Verbandes nach vorsichtiger Schätzung über 18 Millionen Mann. Die blutigen Niederlagen des inzwischen vergangenen Kriegsjahres, die dem Verbande überall neue unerhörte Opfer kosteten, haben diese Zahl auf 25 Millionen erhöht. Hiervon hat Rußland seine Hilfe für die Westfront der Weststaaten nach einer Aeußerung des Petersburger Pressekommissars Kuomin am 5. Juli 1918 mit 4 1/2 Millionen Toter, 6 Millionen verwundeter Krieger und 3 Millionen Gefangenen bezahlen müssen. Die Franzosen und Engländer haben allein 1917 in dem flandrischen Blutumpfen weit über eine halbe Million Soldaten und in den ersten drei Monaten der deutschen Westoffensive eine weitere Million verloren. Rechnet man die schweren Einbußen der Franzosen am Demin des Dames im Oktober, der Engländer bei Cambrai im November 1917 und die jetzige, alle bisherigen Verluste übersteigende Gegenoffensive nach hinzu, so zählt heute Frankreich über 5 Millionen, England über 2 800 000 schwarze und weiße Tote, Verwundete und Gefangene. Nicht weniger schwer hat Italien im viersten Kriegsjahre gelitten. Hatte es am 2. August 1917 1 600 000 Mann Verluste, so hat es heute nach der 11. und den Zusammenbruch der 12. Jonzofschlacht 1917, die allein über eine halbe Million seiner Soldaten verschlang und den Kämpfen an der Gebirgs- und Piavefront 1918 weitere 800 000 Mann geopfert. Am vernichtendsten hat der Krieg die Westfront der kleinen Hilfsstaaten des Verbandes getroffen. Serbien hat seine Teilnahme am Kriege mit fast seiner ganzen erwachsenen männlichen Bevölkerung bezahlt. Rumänien hat die Hälfte seiner Armee verloren. Rechnet man die Belgier, Montenegro und Amerikaner hinzu, so ergibt sich als Gesamtziffer der Verluste die Einwohnerzahl von Spanien und Portugal, zusammengerechnet 25 Millionen Menschen. (WFB.)

#### Entschädigungsforderungen an England.

In der „Täglichen Rundschau“ wirft ein Mitarbeiter die Frage auf, welche Entschädigungen von England für die Internierung Deutscher gefordert werden müssen. Die Forderungen, die gestellt werden, gehen ziemlich weit, es wird nämlich verlangt: Ersatz des durch die Internierung verloren gegangenen Vermögens und Einkommens; Ersatz des nachweisbar entgangenen Gewinns; Ersatz der für standesgemäßen Lebensunterhalt notwendigen Ausgaben während der Internierung; Entschädigung für nachweisbare Gesundheitschädigungen; Entschädigung für gestohlenen oder abhanden gekommenes Eigentum; Zahlung einer jährlichen Rente auf Lebensdauer für Herren, die die während der Internierung erlittenen körperlichen und geistigen Leiden arbeitsunfähig gemacht haben; Zahlung einer gewissen, dem Stande angemessenen Summe für die erlittene Unbill und Freiheitsberaubung; Zahlung einer Entschädigungssumme für erlittene Gewalttätigkeiten. Der Verfasser dieser Forderungen an England hält es für selbstverständlich, daß England darauf eingehen wird, wenn Deutschland bei den Friedensverhandlungen jetzt darauf besteht. Der Gedanke, daß die mit Deutschland im Kriege stehenden Länder Gegenrechnungen aufmachen könnten, scheint dem Verfasser des Artikels gar nicht gekommen zu sein.

#### Der österreichisch-ungarische Weltkrieg.

Wien, 31. Juli. (Amtlich.)

#### Italienischer Kriegshauptlag.

Im Gebiet des Saio Rosso brachte uns ein erfolgreiches Sturmtruppenunternehmen 25 Gefangene ein. An der ganzen netianischen Front lebhaftste Fliegeraktivität.

#### Albanien.

Unserem andauernden Druck nachgebend, räumte der Feind heute früh an mehreren Stellen die vorbersten Vinten.

#### Der Nordanmarsch in Kiew.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet: Generalfeldmarschall v. Eichhorn ist am 30. Juli abends 10 Uhr sanft entschlafen. Zu den schwereren Verwundungen an der linken Körperhälfte traten gegen Abend Herzkrämpfe hinzu. Die zur Stärkung des Herzens angewandte Mittel vermochten nur vorübergehend eine Erleichterung zu verschaffen. Der persönliche Adjutant Hauptmann v. Dreßler war kurz vorher infolge des großen Blutverlustes ebenfalls verstorben. Die Untersuchung ergab bisher folgendes: Der Attentäter nennt sich Boris Konjio, ist 23 Jahre alt und Vertrauensmann der linken sozialrevolutionären Partei in Moskau. Er will erst vor einigen Tagen von dort nach Kiew gekommen sein, nachdem er vom Zentralkomitee seiner Partei den Auftrag erhalten habe, den Generalfeldmarschall zu töten. Er sei zu diesem Zwecke mit runden Bomben, einem Revolver und Geld ausgestattet worden. Weiter meldet WFB.: Ein schlagernder Beweis dafür, daß die Entente von dem Nordanmarsch gegen Generalfeldmarschall v. Eichhorn vorher gewußt hat, ist der „Matin“ vom 29. Juli, der bereits am Vorabend der Attentate meldet: „Auf die Köpfe von Mumm und Eichhorn sind vom Geheimbund der ukrainischen Patrioten Preise ausgesetzt worden.“ In dieser frühen Veröffentlichung liegt gleichzeitig ein Versuch, die Nordat auf die Ukraine abzukippen, obwohl höhere Kommanden bestätigt haben, daß die Urheberhaft in Griechenland unter dem Einfluß der Entente zu stehen ist.

#### Die Ukraine unter Belagerungszustand.

Der Belagerungszustand ist über die gesamte Ukraine verhängt worden. In Kiew und Odessa sind besondere Schutzmaßnahmen angeordnet worden. Der gesamte Eisenbahnverkehr wird voraussichtlich in militärische Verwaltung genommen werden.

#### Russische Forderungen an Deutschland.

Die Verwaltung des Seetransports der Sowjet-Republik hat folgenden für notwendig erachtet: 1. daß Deutschland in Uebereinstimmung mit dem Brexter Friedensvertrage die gefährlose Fahrt der russischen Handelsschiffe im Baltischen, Weißen und Schwarzen Meere garantiere. 2. daß Deutschland angebe, welche eigenen Häfen es im Baltischen Meere schon jetzt für die Handelsstätigkeit öffne. 3. daß Deutschland verspreche, auf die der russischen nationalisierten Dampfschiffahrt gebührenden Frachten keinen Beschuß zu legen, wenn dies von Besitzern anruellierter russischer Wertpapiere oder nationalisierter Aktienunternehmungen durch Klagen verlangt werden sollte. 4. daß Deutschland dem Durchgang der Schiffe der russischen Handelsflotte durch den Sund und die Beltmeereungen nicht behindere, damit die russischen Schiffe Schweden, Norwegen und Dänemark besuchen können. 5. daß Deutschland weder auf der See noch in den Häfen die Schiffe der russischen Handelsflotte aufhalten möchte und auch für keinerlei derartige Aufenthalte seitens Finnlands bürgere. — Aus Petrograd gingen nach Schweden in See: die Dampfer „Michael Lund“, „Caqara“ und „Stobelew“ mit Ladungen, welche teilweise der schwedischen Regierung gehören.

#### Eine belgische Friedensstimme.

Zum Kapitel „Belgische Friedensstimmung“ meldet der Brüsseler Vertreter der „Königlichen Volkszeitung“: Nachdem kürzlich das meist geliesene Blatt in Belgien „La Belgique“ die Notwendigkeit betont hat, eine entscheidende Friedensverhandlung in Belgien in die Wege zu leiten, richtete nunmehr der bekannte Wallonenführer, Generaldirektor des höheren Unterrichtswezens für Wallonien, Henguenes einen offenen Brief an den belgischen König, diesen bittend, sich für einen baldigen Frieden einzusetzen. Der Brief wird in einem namurer Blatt veröffentlicht und beantwortet der König, er möge die Formel finden, die die Völker versöhne und die Rechte der Menschheit sichere. Das belgische Volk sei am Ende seiner Kraft. Deutschland wolle Belgien wiederherstellen, wenn man ihm seine Kolonien wiedergebe und seiner zahlreichen untätigen Bevölkerung die wirtschaftliche Freiheit zusichere, die sie notwendig brauche. Weshalb weigere man sich, auf dieser Grundlage zu verhandeln?

#### Die neue Mehrheit der französischen Sozialisten.

Der Nationalrat der französischen Sozialisten hat, wie angekündigt, am Sonntag im Festsaal der Velleilole zu Paris seine Tagung begonnen. Dieser sozialistische Nationalrat, der nicht mit dem Landeskongress verwechselt werden darf, ist eine Versammlung der Delegierten der departementalen Föderationen der Partei. Er hat das Kontrollrecht über das Exekutivkomitee der Partei, die sogenannte ständige Verwaltungskommission. Die Aufgabe der jetzigen Versammlung besteht darin, die politischen Richtlinien für die Zukunft festzulegen und, wenn möglich, die Einheit der Partei wieder herzustellen. Die sozialistischen Parteiverhältnisse sind in der letzten Zeit so verworren geworden, daß man sich nur noch mit Mühe zurechtfindet. Die einstige Minderheit ist zur Mehrheit geworden, sie gruppiert sich um Longuet und die Zeitung „Populaire“. In dieser neuen Mehrheitsgruppe, die nicht mit der alten verwechselt werden darf, gibt es wieder Minderheitsgruppen, wie die Kienthaler und Zimmerwader. Die alte Mehrheit besteht in der Hauptsache nur noch aus der Gruppe der vierzig, die sich um Barre und seine Zeitung „France Libre“ gruppiert. Sie sind jetzt 41 geworden, seit sich Albert Thomas ihnen angeschlossen hat. Zwischen beiden Extremen hat sich nun in letzter Zeit eine Mittlere Gruppe gebildet, die sogenannten Zentristen, denen die Gruppe Barre zu genähigt und die Gruppe Longuet zu radikal ist, und die sich bemühen, einen mittleren Ausweg zu finden.

Die erste Sitzung stand unter Vorsitz des Abgeordneten Mintraal. Die Delegierten sind, wie die Pariser Montagszeitungen melden, sehr zahlreich erschienen. Viel bemerkt wird die Anwesenheit Rapports. Auch einige auswärtige Sozialisten sind als Zuhörer erschienen. Die Tagung wird mit einem Bericht des Abgeordneten Braque über das Parteiorgan „Sumant“ eröffnet. Der jetzige Mehrheit wird ihr vernachlässigtes Interesse für das offizielle Parteiorgan vorgeworfen. Schließlich wird eine Kommission zur administrativen und redaktionellen Reorganisation der Zeitung gebildet. Ein Vorschlag betreffend die wirtschaftlichen Fragen nach dem Kriege wird einer Kommission überwiesen, worauf die Hauptdebatte über die nationale und internationale Lage beginnt. Es wird bestimmt, daß Redner aller Tendenzen bis 5 Uhr nachmittags zu Wort kommen sollen. Von dieser Zeit an soll die Kommission der Resolutionen arbeiten.

Wie auf der Tagung der Seinegruppe, so hat auch im Nationalrat Longuet den Sieg davongetragen. Seine bereits mitgeteilten Thesen wurden mit beträchtlicher Mehrheit angenommen, und seine Gruppe übernimmt damit die Führung der Partei. Die Resolution Renaudel, die auf der Basis des Londoner Memorandums aufgestellt war, blieb mit 1172 Stimmen in der Minorität, ein Antrag des Reichshälers Vorlat für sofortige Beendigung des Krieges erhielt 152 Stimmen. 96 Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Da die Tagesordnung Vorriats eine rücksichtslose Friedenspolitik verlangt, so ergibt sich, daß der rechte Flügel der Partei vollständig in die Minorität geraten sind.

Aus den Verhandlungen geht hervor, daß die Parteiführer des rechten Flügels sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht haben, um die Einheit der Partei aufrecht zu erhalten. Umso deutlicher tritt die Erscheinung hervor, daß die sozialistische Partei Frankreichs sich immer mehr von der Kriegspolitik ihrer alten Führer abwendet, d. h. daß die Arbeiterbevölkerung immer lauter nach Frieden ruft.

#### Das Verbot des italienischen Parteitages.

Laut „Avanti“ beriet die Parteileitung der Offiziellen Sozialisten über die durch das Verbot des Sozialistischen Kongresses geschaffene Lage und beschloß, zur Erledigung der wichtigsten Parteifragen, besonders über die Beteiligung der Offiziellen Sozialisten an der Regierungskommission für die Uebergangswirtschaft, der übrigens wieder einige Sozialisten, darunter auch der Abgeordnete Casalmi, abgesagt haben, bei allen Sektionen der Offiziellen Sozialisten ein Referendum abzuhalten, das am 15. September abgeschlossen sein soll. „Epoca“ will wissen, daß die Parteileitung sich durch das Referendum auch die Befugnis geben lassen will, über die Mitglieder, die gegen das Ergebnis des Referendums verstoßen, den Ausschluß aus der Partei zu verhängen. Die Parteileitung begrüßt schließlich einmütig in einer Entschliessung das Verhalten der Parteimitglieder, die ihre Berufung in die Regierungskommission bereits abgelehnt haben.

#### Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 1. August. (Amtlich.) Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz versenkten unsere U-Boote 13 000 Brutto-Register-Tonnen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

# Der Wirtschaftskrieg der Vereinigten Staaten gegen Deutschland.

Die Vereinigten Staaten haben sich dem Wirtschaftskrieg gegen Deutschland angeschlossen und setzen ihren Ehrgeiz darin, auch auf diesem Gebiet die ihnen oft nachgelobte Energie und Fähigkeit zu beweisen. Ob sie den Wirtschaftskrieg nur als Kriegsmassnahme zur Schädigung und Einschüchterung Deutschlands führen oder sich dem Plan ihrer Freunde anschließen wollen, auch nach dem formellen Friedensschluss die Verwirklichung der deutschen Volkswirtschaft zu betreiben, steht dahin.

Wie resolut die Yankees vorgehen, beweist die Meldung des „Matin“, daß der Verwalter feindlichen Eigentums Palmer die Liquidation von über vierzig Fabriken im Wert von mehr als 100 Millionen Dollars (ein Dollar kostete im Frieden 4,20 Mk.) angeordnet habe. Schwarze Listen verpönten jeden Geschäftsvorkehr mit deutschen Firmen in den wenigen noch neutralen Ländern, ja auch mit Firmen, die nur einer besonderen Verbindung mit dem Feind verdächtig sind. Am einschneidendsten sind jedoch die Maßnahmen gegen die ehemals blühende deutsche Seeschifffahrt.

Diese Maßnahmen sind doppelter Natur: Sie bestehen in der Beschlagnahme deutscher Schiffe, Docks und Werftanlagen und in dem Verbot jeden Verkehrs zwischen den Bureaus der deutschen Schifffahrtsgesellschaften und ihren Unteragenten. Sie werden dadurch ergänzt, daß die Vereinigten Staaten ihre Gefolgsstaaten in Mittel- und Südamerika und Ostasien ebenfalls zu Kriegserklärungen an Deutschland und zur Beschlagnahme seiner Schiffe bewegen haben. Allein die Hamburg-Amerika-Paket-Schiffahrts-A.G. (Hapag) und der Norddeutsche Lloyd haben in der nordamerikanischen Union 64 Schiffe mit 517 178 Tonnen Gehalt verloren! Der Norddeutsche Lloyd hat durch die Kriegserklärungen Brasiliens, Perus, Siam und Chinas Schiffe mit 75 000 Tonnen Gehalt eingebüßt. Er hat, abgesehen von seinen sehr bedauerlichen Schiffsverlusten in französischen, englischen und belgischen Häfen zu Kriegsbeginn, wovon über genaue Zahlen nicht vorliegen, seit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Weltkrieg ein Drittel seiner Tonnage verloren, die sich am 1. Januar 1914 auf 983 000 Brutto-Register-Tonnen belief.

Die Beschlagnahme deutschen Schiffsraumes ist aber nur die eine Seite der amerikanischen Aktion. Die andere ist die positive Förderung der eigenen amerikanischen Schifffahrtsinteressen in größtem Ausmaß. Es wurde ein Bundes-Schiffahrtsamt gegründet, das selbst Schiffe kaufen oder bauen kann und mit Aufsichtsrechten über die amerikanischen Reedereien versehen ist, besonders um unwirtschaftlichen Wettbewerb zu verhindern. Für seine Zwecke ist eine Gesellschaft von 50 Millionen Dollars gegründet worden. Im ganzen wurden im Jahre 1917 in der amerikanischen Schifffahrt 73 Millionen Dollars, in amerikanischen Werften gar 198 Millionen Dollars angelegt. Da die amerikanische Schifffahrt vor dem Kriege unter den hohen Lohnforderungen der amerikanischen Seeleute litt, ist nicht unwahrscheinlich, daß eine bestimmte Lohnhöhe für das Anlaufen amerikanischer Häfen zur Bedingung gemacht wird. Eine weitere staatliche Benützung dürfte damit erreicht werden, daß amerikanischen Schiffen besonders niedrige Hafens- und Kanalgebühren (Panama-Kanal) berechnet werden und daß der Zugriff der amerikanischen Schiffe vorbestehende Küstenschifffahrt möglichst weit gefahrt wird.

Neben der Beschlagnahme der Schiffe, über deren Endgültigkeit erst der Friedensschluss entscheiden wird, erfährt die deutsche Seeschifffahrt und damit der deutsche Außenhandel eine empfindliche Gefährdung dadurch, daß die Amerikaner die zahlreichen deutschen Linien zwischen den amerikanischen Häfen (Nordamerika-Mittelamerika-Südamerika, Nordamerika-Ostasien) bedrohen. Es ist ein sehr schwacher Trost, daß dieser künftige Wettbewerb noch mehr die englische als die deutsche Seeschifffahrt gefährdet.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### „Vergeltungsmassnahmen“.

Die rheinisch-westfälischen Kohlenbarone wollen sich an Bayern dafür rächen, daß dort die Aufenthaltsdauer für die Fremden eine Beschränkung erfahren hat. Wie die „Tremantia“ mitteilt, ist in einer Sitzung einer Kohlenkommission in Essen bezüglich der Zustellung für den Hauskohlenbrand für den Winter beschlossen worden, die bayerischen Haushaltungen nur für drei Wochen mit Kohlen oder Koks aus den preussischen Bergwerken zu versehen und auch nur 60 v. H. der bayerischen Haushaltungen zu berücksichtigen.

Dieses Verfahren muß, wenn es in die Tat umgesetzt werden sollte, zu recht bedenklichen Dingen führen, denn schließlich kommt es noch dazu, daß sich die einzelnen deutschen Bundesstaaten fast hermetisch gegeneinander abschließen, und das Ganze nennt sich dann Deutsches Reich.

### Bisher 8400 Kriegsgesetze.

#### Ferner 33 000 bundeszuständige Verordnungen.

Der fortgeschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Crüger (Charlottenburg) teilt nach dem „Schwefelner Tageblatt“ in einer Versammlung mit, daß während des Krieges 8400 Kriegsgesetze und 33 000 bundeszuständige Verordnungen erschienen sind. Mit Recht sagte Dr. Crüger: Man werde zugeben müssen, daß niemand alle diese Vorschriften kennen kann. Dennoch sei die Ermächtigung erteilt worden vom 4. August 1914, durch welche sich der Reichstag zugunsten des Bundesrates ausgeschaltet habe, richtig gewesen, weil niemand im voraus die Wirkung angeordneter Maßnahmen hätte übersehen können und dem Bundesrat Abänderungen ungewünschter Einrichtungen leichter seien. Selbstverständlich müsse der Reichstag nach dem Kriege wieder seine alten Rechte in der Gesetzgebung erhalten.

## Für unsere Feldgrauen.

### Aufhebung der Kolonialverträge.

Im Kriegeszeit mußte zur Ausführung bestimmter Arbeiten, die hier nicht näher bezeichnet werden können, die Privatindustrie mit herangezogen werden. Mit diesen Unternehmern — in Frage kam das Tiefbauamt — hat die Heeresverwaltung sogenannte Kolonialverträge abgeschlossen. Die Unternehmer berechnen ihre Unkosten, einschließlich Gehälter und Löhne und erhalten dann von dieser Gesamtsumme eine Vergütung von 17 Prozent. Dieses System hat schließlich zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt. Die Unternehmer brauchten weniger auf die Leistungsfähigkeit der Arbeiter zu sehen, als vielmehr auf eine möglichst große Kopfgeldzahl. Je höher die Lohnsumme, desto höher war auch ihre Entschädigung. Sie stellten Anwerber an, die nun die Arbeits-

# Der amtliche Kriegsbericht.

MIS. Großes Hauptquartier, 1. August. (Amtlich.)

## Westlicher Kriegsjahresplan.

### Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Oern und Baileul am frühen Morgen vorübergehend lebhafter Feuerkampf. Die tagsüber mögliche Artillerietätigkeit löste am Abend an vielen Stellen der Front in Verbindung mit Erdbebenerschütterungen auf.

### Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Jere en Tardenois schiffe der Franzose am Nachmittag wiederholt zu heftigen Luftangriffen an. Wir warfen den Feind im Gegenflug in seine Ausgangsrichtungen zurück. An der übrigen Kampffront Artilleriefeuer wechselnder Stärke, kleinere Vorkämpfe.

Nordöstlich von Perthes versuchte der Feind nach harter Feuerbereinigung den ihm am 30. Juli erstrittenen Stützpunkt wieder zu erobern. Er wurde unter Verlusten abgewiesen. Erfolgreicher eigener Vorstoß in den Argonnen.

### Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Infanteriegefechte an der Molel und im Paray-Walde. Wir machten hierbei Gefangene.

Der Gegner verlor gestern an der Front im Luftkampf und durch Abbruch von der Erde 25 Flugzeuge. Weiterhin wurde ein im Angriffsflug gegen Saarbrücken befindliches englisches Geschwader von 6 Großkampflustzeugen von unleren Front- und Heimatgeschwadern, bevor es seine Bomben abwerfen konnte, vernichtet. Aus einem zweiten ihm folgenden Geschwader schossen wir ein weiteres englisches Großkampflustzeug ab.

### Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

fräfte nahmen wo sie zu finden waren — junge Burschen und alte Männer — oft vor einer recht bedenklichen Bergangenheit. Den Leuten wurden bei freier Verpflegung und Unterkunft Löhne von 10 bis 14 Mk. zugesichert. Bei der Anwerbung ist nicht immer einwandfrei verfahren worden und mancher, der einen solchen Vertrag abschloß, war, an Ort und Stelle angelangt, bitter enttäuscht. Ein Zurück gab es aber nicht mehr, denn jeder Angeworbene hatte sich verpflichtet, mindestens drei Monate im Sperrgebiet zu bleiben. Die Verpflegung war die der Soldaten, wer damit nicht auskam, mußte versuchen von den Soldaten Lebensmittel zu kaufen. Für drei Pfund Brot wurden bezahlt drei bis fünfzehn Mark. In ähnlicher abnormer Höhe bewegten sich die Preise für andere Lebensmittel, jedoch in vielen Fällen von den hohen Löhnen nicht mehr viel übrig blieb. In vielen Lagern, meist Halbaraden, herrschte Ungeziefer, insbesondere unter der Läuseplage hatten die Leute sehr zu leiden. Auch sonst fehlte es nicht an Klagen aller Art. Dem Reichstag gelangten diese Zustände durch eine Reihe von Eingaben des Fürstorgans des Berliner Magistrats zur Kenntnis und es kam darüber im Hilfsdienstauschuss zu recht lebhaften Auseinandersetzungen, die dazu führten, daß eine aus Offizieren und Abgeordneten zusammengesetzte Kommission einen Teil der Arbeitsgebiete besuchte.

Die Kolonialverträge wurden von der Heeresverwaltung selber als unwirtschaftlich erkannt und sind bereits zum größten Teil gelöst. Die Militärverwaltung führt nun die Arbeiten in eigener Regie aus, womit ihr auch die Fürsorge für die Arbeiter zufällt. Um zu verhindern, daß unbrauchbare Arbeiter angeworben und in diese Gebiete geschickt werden, ist an den Eingabellen eine ärztliche Kontrolle eingerichtet worden, die jeden nicht geeigneten Arbeiter zurückzuweisen hat. Damit wird insbesondere verhindert, daß junge schwache Burschen an eine Arbeit kommen, der sie nicht gewachsen sind. Weiter sorgt die Heeresverwaltung dafür, daß den Leuten Kleider geliefert werden, und endlich wird eine Jugendpflege eingeführt, deren Aufgabe es ist, die Jugendlichen vor den schädlichen Einflüssen zu bewahren, denen sie durch das Zusammenarbeiten mit Leuten ausgesetzt sind, die zum Teil eine mehr oder weniger lange Zuchthausstrafe hinter sich haben. Sache des Reichstags wird es sein, bei erster Gelegenheit auch einmal die Unterbrechnungen einer genaueren Nachprüfung zu unterziehen, die von den Tiefbauunternehmern angestellt worden sind.

## Aus Südbel und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 1. August.

### Vier Jahre Krieg!

Fluch jedem Tag, der an ein Kreuz uns schlägt,  
Wie es kein Heiland bitterer je empfunden.  
Fluch jedem Tag, der uns in Fesseln legt  
Von Schmerz und Qual und Millionen Wunden.  
Fluch jedem Tag, wo Menschen sich zerfallen  
Und Heratomben armer Opfer fallen.  
Verflucht auf ewig, wer es süßlos trägt.

Bruno Schönlank.

### Weitere Herabsetzung der Brotration.

Die unbeständige Witterung der letzten Wochen hat den Frühlingsdruck des Roggens derart verzögert, daß die Nachbestände unseres Kommunalverbandes nicht mehr rechtzeitig ergänzt werden können. Das Polizeiamt sieht sich daher genötigt, die Brotration vorübergehend auf 1500 Gramm herabzusetzen. Es steht zu hoffen, daß in allernächster Zeit lokaler Roggen neuer Ernte herankommt, daß die Kürzung wieder aufgehoben werden kann.

Soweit die amtliche Mitteilung, die leider nicht angibt, welcher Ertrag für die ausfallende Brotmenge vorgesehen ist. Oder glaubt man wirklich, daß die Bevölkerung mit noch weniger Lebensmitteln als bisher auskommen kann?

### Mehr Rücknahme auf die Kriegserzie.

Vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaliger Kriegsteilnehmer (Sitz Berlin), Ortsgruppe Südbel, erhalten wir diese beherzigenswerte Zuschrift:

Der Tag des Kriegsausbruchs jährt sich zum vierten Male. Unzählige Opfer hat das grauenvolle Ringen während dieser Zeitspanne gefordert. Groß ist die Zahl derjenigen, die von der heftigsten Form des Todes gestreift, aus den Reihen der Kämpfenden ausgeschieden mußten, und jetzt unter erschwerenden Umständen ihren bürgerlichen Erwerb nachgehen. Größte Rücksichtnahme auf ihren bedauerlichen Zustand ist selbstverständliche Pflicht aller Gesunden. Zu Anfang des Krieges wurde diese Rücksichtnahme auch von jedermann voll Achtung und Ehrfurcht geübt. Dann aber traten die Kriegsbeschädigten in immer größerer Zahl auf. Die Allgemeinheit gewöhnte sich an das täglich gezeigte Leid. Es ist jetzt mit unferer Zeit, als etwas Dazugehöriges verwaschen. Namentlich die heranwachsende und so leicht verführbare Jugend nimmt das abnorme Leid so vieler Kameraden als etwas Selbstverständliches, weil sie es nicht mehr anders kennt. Sie läßt es deshalb auch oft an der nötigen Rücksichtnahme, namentlich den Beschädigten Kameraden gegenüber, fehlen. Wir möchten uns deshalb an die Öffentlichkeit wenden mit der dringenden Bitte, auf allen Plätzen mit regem Verkehr, wie beim Auszug aus Theatern, Kinos, auf der Post, den Bahnhöfen usw. und vor allem in der Bahn und Straßenbahn selbst, die kommissarische Rücksichtnahme auf unsere behinderten Kameraden, gleich ob in Zivil oder Uniform, zu üben. Man könne ihnen manchmal

einen Sitzplatz ein, auch wenn sie nicht darum bitten. Viel unerlassen aus falkter Scham diese Bitte, obwohl ihnen das Stehen schwer fällt, weil sie keine besondere Verpflegung beanspruchen können. Sie haben sie aber wohl verdient. Wir möchten hierbei auch auf die von dem Fürstorgansbuch in der Straßensbahn angebrachten Schilder hinweisen, die um Rücksichtnahme für die Kriegsbeschädigten bitten. Ein kleiner, fähigster gelibter Diebstahl kann das Los dieser schwerbeschädigten Kameraden entketteln und ihre Lebensfreudigkeit steigern. Mögen alle diese Bitte beherzigen und so einen kleinen Teil ihrer großen Dankeschuld abtragen.

## Spielwaren sind Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Auf eine Anfrage hat die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts sich dahin geäußert, daß Spielwaren insoweit zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu zählen sind, als für sie bei dem größeren Teil des Volkes, insbesondere bei Kindern, ein regelmäßig wiederkehrendes Bedürfnis vorliegt. Es sind deshalb Gesellschaftsspiele, wie Lotto, Geduldspiele, Musikinstrumente, wie Mundharmonikas, Puppenstuben, Puppenwagen, Puppenbadewannen, von Gegenständen des täglichen Bedarfs zugerechnet worden, sofern es sich nicht um besonders wertvolle Ausstattungen und Luxusgegenstände handelt. Es ist hierbei auch berücksichtigt worden, daß gerade Gesellschafts- und Geduldspiele in erheblichem Maße für die Truppen im Felde und in Lazaretten angefordert werden. Eine erhebliche Menge von Spielfachen wird außerdem auf den Märkten gehandelt. Gegenstände des Wochenmarktwertehrs gehören aber allgemein zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, wie in der Begründung der Verordnung über Höchstpreise vom 4. August 1914 angegeben ist.

Benzol- und benzinartige Körper. Am 1. August 1918 ist eine Bekanntmachung betreffend Beschlagnahme, Bestandserhebung und Höchstpreise von Leichtöl, Rohbenzol, Benzol, Toluol, Benzin und sonstigen benzol- oder benzinartigen Körpern in Kraft getreten. Während es bezüglich der Beschlagnahme von Rohbenzol, gereinigtem Toluol und Reintoluol bei den früheren Bestimmungen verbleibt, sind nunmehr auch Rohbenzol einschließlich der benzolhaltigen Vorzerzeugnisse der Gasanstalten, Leichtöle aus der Steinkohlen- und Braunkohlen-Leerdestillation bestimmte, bei der weiteren Aufarbeitung der Rohbenzole und Leichtöle entstehende benzolartige Körper und bestimmte sonstige benzol- und benzinartige Körper beschlagnahmt. Die Veräußerung, Lieferung und Verwendung der beschlagnahmten Stoffe ist nur noch mit Erlaubnis der Königlich Preussischen Inspektion der Kraftfahrtruppen und der Aufarbeitung besonderer Vorschriften gestattet. Gewinnungs- und Aufarbeitungsanstalten haben monatlich über ihren Bestand an beschlagnahmten Stoffen und andere Besitzer oder Gewahrsamshalter über den beim Beginn des 1. August vorhandenen Bestand, sofern er 100 Kgr. übersteigt, bis zum 15. August Meldungen an die Königlich Preussische Inspektion der Kraftfahrtruppen (Vertriebsabteilung) in Berlin auf den dort anzufordernden amtlichen Meldescheinen zu erstatten. Jeder Meldepflichtige hat ein Vorgebuch zu führen. Gleichzeitig legt die neue Bekanntmachung für verschiedene der durch sie betroffenen Stoffe Höchstpreise fest. Der Wortlaut der Bekanntmachung, der eine größere Anzahl wichtige Einzelbestimmungen enthält, ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Senat bestellt. Die Senatssekretäre führten bisher den Titel „Regierungsrat“. Jetzt hat der Senat beschlossen, den Senatssekretären Dr. phil. Otto Geise, Dr. jur. Karl Wessing, Dr. jur. et phil. Paul Geiter, Dr. jur. Friedr. Lange den Titel „Senatssekretär“ zu verleihen. — Lag dafür wirklich eine Notwendigkeit vor? In der Bevölkerung wird man sich wundern, daß sich der Senat in dieser Zeit mit solchen weltbewegenden Dingen beschäftigt mußte!

Die Lübecker Frauenwerkstätte, die alsbald nach Ausbruch des Krieges ins Leben gerufen wurde, hat sich im Laufe des Krieges zu einem der wichtigsten und leistungsfähigsten Zweige Lübeckischer Kriegsvorbereitung entwickelt. Hunderte und Aberhunderte von Frauen haben durch die Frauenwerkstätte Gelegenheit zu verdienstbringender Heimarbeit erhalten. In großem Umfang sind durch die Lübecker Frauenwerkstätte Aufträge von Reichs- und Heeresstellen, sowie kriegswichtigen Vorkriegsorganisationen ausgeführt worden. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni d. J. sind beispielsweise für das Kriegsbekleidungs- und das Bekleidungs-Instandsetzungsamt des IX. Armeekorps 13 850 Hülsen, Jacken, Unterhosen und Gendern angefertigt und 2780 Wäschegegenstände instandgesetzt. Für den Kriegswirk- und Strickerband Berlin sind 12 700 Paar Frauenstrümpfe, 10 000 Paar Männerstrümpfe, die für die Zivilbevölkerung bestimmt sind und durch den Verband in Lübeck und Umgegend zur Verteilung kommen, gestrickt. Für das Kriegsbekleidungsamt des IX. Armeekorps waren noch 12 000 Paar Wollstrümpfen anzufertigen. Für ein Artillerie-Depot kamen 900 Stück Reiterfuttermäntel aus Papier gefertigt in Auftrag, die gefertigt und nahezu abgeliefert sind. Für das Reg. Preussische Ingenieur-Komitee (Pionier-Beschaffungsamt) wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres rund 50 000 Sanitätsmäntel gewahrt. In der Abteilung Erumpfinderei wurden außerdem für die Einwohner Lübecks aus alten und zerfetzten Strümpfen rund 1000 Paar neue Strümpfe hergestellt. Näharbeiten wurden für die Altkleidungsstelle in Lübeck für die Quartierverwaltungsbehörde in Lübeck und andere Stellen geliefert, Strickarbeit außerdem für den Lübecker Landeskauflauf für Kriegsvorlege übernommen. Bei der Aufgabe von Heimarbeiten wurden nur Frauen und Mädchen beschäftigt, die Arbeiten arbeit angewiesen waren. An Löhnen konnten in der ersten Hälfte dieses Jahres 49 850 Mark ausgezahlt werden. Die Lübecker Frauenwerkstätte ist seit einiger Zeit dem Ausschuss für Kriegshilfe unterstellt.

Der zweite Teilbetrag der Einkommensteuer für das Jahr 1918/19 ist von den Steuerpflichtigen, die im Besitze eines Steuerzettels für die Stadt sind, in der Zeit vom 1. bis 10. August d. J. bei Vermeldung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten. Die Verlegung des Wohnortes eines Steuerpflichtigen aus der Stadt in die Vorstadt, oder einen Landbesitz und umgekehrt, hat eine Änderung der im Steuerzettel angegebenen Zahltermine nicht zur Folge.

Die Volkshilfe gab im Monat Juli 32 915 Portionen ab. Gestrichelt wurde an 31 Tagen, pro Tag 1082 Portionen. Weiter wurden 4771 große Tassen für 10 Pfg., 29 851 Portionen Wein für 30 Pfg. und 3460 Kinderportionen für insgesamt 819,15 Mark abgegeben.

Futterbeschaffung für die Ziegen. Der Ziegenzuchtverein Lübeck hält Sonnabend im Ziegenverein eine außerordentliche Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Futterbeschaffung für den kommenden Winter. Das Polizeiamt erwartet die Angabe, wie viel Heu die Vereinsmitglieder einnehmen wollen, um entsprechende Mengen sicherstellen zu können. Auch „Ziegenbrot“ wird mit Genehmigung des Polizeiamts von der Viehhüterbrotfabrik hergestellt werden und auf Bezugscheine zur Ausgabe gelangen. Schlußwort werden muß man sich auch über event. Bezug von Rübenschnitzel, phosphor, Kalk und Viehsalz, beim Bedrollen. Weiter sollen über die wichtige Frage der Ziegenversicherung einige Mitteilungen gemacht werden. Endlich stehen auf der Tagesordnung zwei Vorträge des Lehrers F. Groß über Ziegenmilch im Winter und Kriegserziehung der Ziegen. Auch Ziegenhalter und Ziegenfreunde, die bisher nicht Mitglieder sind, sowie die Frauen der Mitglieder sind als Gäste willkommen.

Stoffelhort. Innerhörtte Zustände in der Brotversorgung herrschen hier gegenwärtig. Familien mit größerer Kinderzahl wissen nicht, wie sie ihre Kinder sättigen sollen. Warum sorgt hier die Regierung nicht besser vor? Sie ist doch von sachmännlicher Seite darauf aufmerksam gemacht worden. Wenn keine Barmesse entstehen, muß die Bevölkerung es aushalten. Werden

**Arbeitervertreter** vorfällig, dann heißt es: „Sie sehen“? Mit welchem Rechte bekommen z. B. die Badegäste mehr als die Arbeitervertretung im Kurort? Während die Badegäste noch die Höhe extra erhalten, z. B. in Mendorf, Haffburg und Ummendorf, kann die andere Bevölkerung des Kurortes betriebl. nicht bekommen. Es wird hohe Zeit, daß die Regierung sich hieran mehr bekümmert, denn unser Kurort ist von allem ganz, es muß nur einigermaßen verteilt werden.

**Schwaben.** Die Kriegsgewinner. Die Homburg- und Ludwigsbader A.-G., die, wie wir schon kurz mitteilten, auf dem 2. auf 5 Millionen Mark neu erhöhtes Aktienkapital (soeben wieder 25 Proz. Dividende vorläufig, beantragt zugleich Länderschieds-Erhöhung zugunsten des Aufsichtsrats. Die Dividende soll von 6 auf 8 Proz., die Höchstgrenze der Vergütung von Vorstands, Beamten und Aufsichtsrat zusammen auf 25 Proz. (bisher 20 Proz.) des Supergewinns über 4 Proz. Dividende erhöht werden. Für 1916/17 hatte die allein schützende Länderschieds-Gesellschaft für die drei Aufsichtsratsmitglieder 42487 Mk. betragen bei einem erkennbaren Reingewinn von 1 009 317 Mk. — Es lohnt sich schon Aufsichtsratsmitglied und Aktionär dieser Gesellschaft zu sein — wenigstens während der Kriegszeit!

**Travemünde.** Der Verein Seebad Travemünde hielt am 29. Juli im Städtischen Kurkaal seine Generalversammlung ab. Der Jahresbericht wurde vorgetragen, danach der Kaschenbericht genehmigt. Leider konnten die an den Verein von allen Seiten herantretenden Wünsche wegen mangelhafter Bahnverbindungen Lübeck-Hamburg auch im Kriege, nur in ganz beschränkter Weise von der Bahn berücksichtigt werden, da bahnamtlicherseits immer wieder auf die durch die Kriegsläufe hervorgerufenen Mängel an Bahnpersonal und Betriebsmaterial hingewiesen wird. Wegen des Winterfahrplans will sich der Vorstand rechtzeitig mit den maßgebenden Stellen in Verbindung setzen. — Eine Maßnahme gegen die Hamster. Seit Dienstag ist hier, wie man dem „Gen.-Anz.“ berichtet, die Revision des Reisepasses eingeführt. In der Sperre wird das sämtliche Gepäck der Travemünde verlassenden Reisenden militärisch revidiert. Aber nicht nur das Gepäck der abreisenden Kurgäste unterliegt der Kontrolle, sondern auch dasjenige der Travemünde besuchenden Tagesgäste z. B. aus Hamburg, Lübeck usw. Taschen und sonstige Behälter müssen an der Sperre geöffnet werden, selbst das der auf Monatskarten ohne Begleitung Erwachsener fahrenden Kinder. Die Revision hat den Zweck, die Herausführung von Lebensmitteln aus Travemünde zu verhindern.

**Altona.** Eine gefährliche Fischereigründung. Eine deutsche Großfischerei-Kommanditgesellschaft auf Aktien sollte

auf Behreiben des Fischereigründers... (Text continues with details of a fishing company's activities and financials, mentioning a capital of 349 000 Mk. and various expenses.)

**Schwaben.** Todesfall. Ein schon längere Zeit schwerkranker Handwerksmeister wurde, nur mit einem Hemd bekleidet, tot auf dem Hofe seines Hauses an der Apothekerstraße aufgefunden. Jedenfalls ist er im Fieberwahn aus dem Bett gestiegen und hat sich aus dem Fenster des ersten Stockwerks hinausgeschleudert. Hierbei wird er abgestürzt sein, wobei er auf dem harten Pflaster des Hofes sich eine schwere Kopfverletzung zuzog, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Bremen.** Kleinwohnungsbau. In Kürze werden hier mit Unterstützung des Bremer Staates 400 Kleinwohnungen zur Linderung der Wohnungsnot hergestellt, wobei der Staat die Baukostenunterstützung übernimmt. Dieser herrliche Zuschuß beträgt etwa 4000 Mk. für die Wohnung. Im wesentlichen handelt es sich um die Errichtung von Kleinhäusern, wie ja in Bremen der Bau von Kleinhäusern und Einfamilienhäusern noch üblich ist. Mit der Herstellung der Kleinwohnungen hat man bereits begonnen, und es ist bestimmt zu hoffen, daß die Hälfte dieser Bauten noch in diesem Jahre fertiggestellt werden wird.

**Barel.** Woher das markenfreie Fleisch kommt. Die Oldenburger Strafkammer verurteilte den Viehhändler Maab aus Barel zu drei Monaten Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe. Maab hatte verbotenerweise 42 Stück Rindvieh von der Station Geln auf nach Sachsen verführt. Diese Handlung wurde vom Staatsanwalt als eine Verführung, wie sie im Oldenburger Lande noch nie da gewesen sei, charakterisiert. Der Angeklagte habe der Allgemeinheit außerordentlichen Schaden zugefügt.

**Sprechsaal.**  
(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)  
**Die Lübecker Sanitätskolonnen.**  
Täglich fahre ich den Straßenbahnwagen mit dem roten Kreuz fahren. Es fiel mir schon lange auf, daß Militärtransporte in so großer Zahl hier in Lübeck ankamen. Erkantet man sich aber, als in voriger Woche ein solcher Wagen auf dem Schwarzenauer Markt stand. Ich fragte die Begleiter, ob auch dort hin Verwundete gebracht würden. Mir wurde zur Antwort, daß schon seit 2 Jahren die Mitglieder der Sanitätskolonnen die Privatwagen aus den Landgebieten heranzögen, selbstlos, ohne Entschädigung für sich, nur im Dienste der Nächstenliebe. Gern las ich nun eine Bitte der Kolonnen um Unterstützung des von ihnen unterhaltenen Lazarettzuges. Wieder bitten die Mitglieder nicht für sich, nur für Unterstützung ihrer Samariterarbeit. Da möchte ich diese Bitte zu der meinigen machen und an die Mitglieder der Kolonnen richten: „Gebt reichlich! Zeigt den Mitgliedern der Kolonnen, daß ihre Arbeit gewürdigt und anerkannt wird!“  
Die Schriftleitungen der Lübecker Tageszeitungen dürften sich durch die Aufnahme dieser Zeilen den Dank vieler sichern.  
E. . . . .

**Aus Nah und Fern.**  
Der künftige Botschafter auf dem Seetratsmarkt. Die alldeutsche Presse ist entzückt über ein Inserat, das die Frankfurter Zeitung brachte, und in welchem ein Attache in hoher Position eine Lebensgefährtin sucht, deren Vermögen es gestattet, die Frau eines zukünftigen Botschafters zu werden. Es sei dahingestellt, ob die Entzückung zum Teil daher rührt, daß der alldeutschen Presse der Inseratentwurf entgangen ist, wenn aber Prinzen und andere hochgestellte Persönlichkeiten sich ihre Lebensgefährtinnen auf dem Wege des Zeitungsinserats suchen, weshalb sollte es dann einem jungen Diplomaten verwehrt sein, der in der Einbildung lebt, einmal Botschafter des Deutschen Reiches werden zu können.  
Verantwortlich für die Rubrik „Aus Nah und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Bekanntmachung**  
über die  
**Abgabe von Brot auf Brotarten.**  
In der sechsten Brotwoche (vom Sonnabend, dem 3. August, bis Freitag, dem 9. August) dürfen auf sämtliche Abchnitte der Brotkarte nur 1500 Gramm Brot abgegeben und entnommen werden.  
Die Brotkarte hat nur Gültigkeit, wenn sämtliche Brotkartenschnitte einschließlich der Mehlmarken sich an ihr befinden. Auf solche Brotarten, an denen einzelne Brot- oder Mehlmarken fehlen, darf kein Brot abgegeben oder entnommen werden.  
Den Bäckern wird vom Sonnabend, dem 3. August ab Wehl nur auf diejenigen Brotkartenschnitte erlaubt, welche zusammenhängend (einschließlich der Mehlmarken) über 1700 Gramm Brot lauten.  
Zur Verhandlung werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.  
Lübeck, den 31. Juli 1918. (3632)  
**Das Polizeiamt.**

Eine Bekanntmachung Nr. O. II. 700 7. 18 KRA. betreffend  
**Beihilfennahme, Befandserhebung und Höchstpreise von Leinöl, Rohbenzol, Benzol, Solmol, Benzin und sonstigen benzol- oder benzinartigen Körpern**  
vom 1. August 1918 wird heute durch die amtlichen Regierungsblätter, durch die Polizeibehörden sowie durch öffentlichen Anschlag und Aushang veröffentlicht.  
Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Landratsämtern, Bürgermeistern und Polizeibehörden einzusehen.  
Altona, den 1. August 1918. (3629)  
Stellh. Generalkommande IX. A.-K.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Zahlstelle Lübeck.  
**Nachruf.**  
Am Sonntag, dem 29. Juli, starb unser Mitglied, der Kollege  
**Herm. Ilcker.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 3. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Bornwerter Friedhof statt.  
3625 Die Ortsverwaltung.

Dem großartigen Nachruf zum Opfer fallen unsere Mitglieder, die Kollegen  
**Friedr. Groth**  
Lübeck und  
**Karl Schütt**  
Grodzkiendorf.  
Wir werden dieselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Ortsverwaltung.

**Bilderleisten**  
einrahmungen  
Oscar Tauchnitz, Gosenstraße, Fischmarktstr. 25, Februar 1918.

**Sozialdemokrat. Verein**  
Lübeck.  
Am Dienstag verstarb nach längerem Leiden unser Genosse  
**Heinrich Kuhlmann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, dem 3. August, nachmittags 2 1/2 Uhr. Die Mitglieder sammeln sich 1/2 Std. vorher an der Friedhofspforte.  
3626 Der Vorstand.

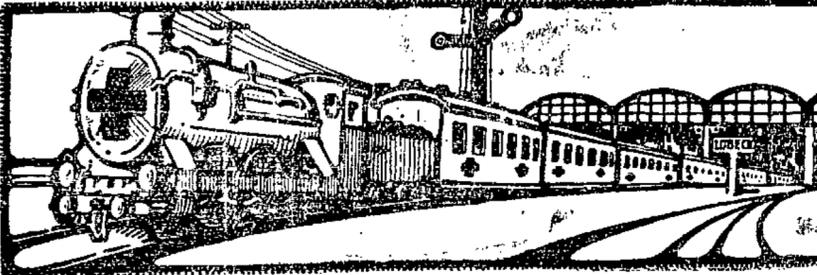
**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands**  
Zahlstelle Lübeck.  
**Nachruf.**  
Am Dienstag, dem 30. Juli, starb unser Mitglied, der Kollege  
**Heinrich Kuhlmann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 3. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Bornwerter Friedhof statt.  
3625 Die Ortsverwaltung.

Wegen anderweitiger Benutzung der Logenräume bleibt die Zentrale vom roten Kreuz sowie die Abteilung Hauspflege am Freitag, d. 2. August, geschlossen. 3625  
**Die Zentrale vom roten Kreuz.**  
**Opfertage am 3. u. 4. Aug.**  
Die Sammlerinnen werden gebeten, sich am Sonnabend, dem 3. August, 8 Uhr morgens, im Kolonnenhaus, Schildstraße 10, einzufinden. Besondere Auforderungen erfolgen nicht. An dem Tage ist ausnahmsweise die Ausgabe der Prämienbillets für die Helferinnen bei der Lindenort-Spende.  
**Der Ortsdienst der Lübecker Sanitätskolonnen.** 3637

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und vielen Glückwünschen beim Hinscheiden meines lieben Mannes, meines Vaters und Großvaters, sagen wir hiermit allen Verwandten und Bekannten sowie den Mitgliedern der Kochischen Schiffsverein und dem Metallarbeiter-Verein, insbesondere Herrn Hauptkantor Evers für seine trostreichen Worte unsern innigsten Dank.  
Im Namen aller Hinterbliebenen (3639)  
**Catharina Matthiesen Ww.**

**Alle Arbeiter**  
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei  
**Otto Albers**  
Markt 4, Kohlmarkt 10.  
Mitgl. des Rab.-Sparc. Eubenz.

**Stadthallen-Theater.**  
Direktion: Stanislaus Fuchs. (3631)  
Dienstag, den 1. Aug. 1918:  
**Blitzblaues Blut.**  
Operette von Walter Kolko.  
Freitag, den 2. August 1918:  
**Einsame Menschen.**  
Schauspiel von Gerhart Hauptmann.  
Sonnabend, den 3. Aug. 1918:  
Neuheit!  
**Jungfer Sonnenschein.**  
Operette von Jarno.  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

**Zür den Lübeckern.**  
  
(Vereinslazarettzug N 1)  
1. Opfertage am 3. und 4. August.  
Straßensammlung.  
2. Wohltätigkeitsfest in Israelsdorf am 4. August.  
3. Ueberweisungen auf Konto „Vereinslazarettzug N 1“ an die Spar- und Anleihe-Kasse.  
**Der Ortsdienst der Lübecker Sanitätskolonnen vom roten Kreuz.**

**Letzter Tag!**  
Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Abschieds-Vorstellung „Der Hias“.**  
Ein heldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone. 3628  
**HANSA-THEATER.**

Schirmherr: S. Kgl. Hoheit Prinz Heinrich von Preußen.  
**Klar zum Gefecht!**  
Ein Marinespiel vom Verfasser des „Hias“.  
Im I. Akt: Tsingtau macht mobil  
Wan-Kü-Jung Harry und Inge  
Die Mappe mit d. Geheimdokumenten.  
Im II. Akt: Im Rauchsalon des Luxusdampfers  
Der geheimnisvolle Japaner  
Der Raub der Dokumente  
Ein tapieres deutsches Mädchen  
Von Japanern gekapert.  
Im III. Akt: S. M. Hilfskreuzer Wiking  
Tropen-Nacht  
Seemannsspiele  
Die Nep'un-Taufe  
Die Seeschlacht  
Max-Nazmi  
Unter d. Heimatswimpel.  
Erstaufführung: **Sonnabend, den 3. August.**  
**Hansa-Theater.**  
Vorverkauf: Holstenhaus, Holstenstraße, Zigarrenhandlung Röhrig, Schlüsselbuden, Musikhauhaus Odeon, sowie Theatertasse von 11—1 vormittags und von 6 Uhr ab. (3627)

**Die Obsternsammelstelle**  
St. Annenstraße 1  
ist geöffnet vom Freitag, dem 2. August ab  
**Mittwochs und Freitags**  
von 4—6 Uhr.  
Der Vorstand. (3624)

**Ziegenzuchtverein Lübeck.**  
**Verammlung**  
am Sonnabend, dem 3. August  
abends 8 1/2 Uhr  
im Bürgerverein, Königstr. 25.  
Tagesordnung:  
1. Futter (Anmeldung für Heu, Ziegenbrot, Rüben).  
2. Gemeinsame Anschaffungen.  
3. Vortrag des Herrn F. Groth: Ziegenmilch durchs ganze Jahr.  
4. Beschl. über Kriegsfütterung.  
Zur Zeit auch Nichtmitgliedern frei.

**Eine starke Kommode**  
zu verkaufen. (3638)  
Vorbesitzr. 18 a.

**Feldpostkartenbriefe**  
sind vorrätig.  
**Buchh. Friedr. Meyer & Co.**  
Johannisstraße 46.



Eine vierte Gruppe endlich lehnt diese Erörterung der Kriegszustände als gegenwärtig ungewinnlich ab.

In „Yifunno-no-Nippon“ (Das japanische Geschichtsbuch) wurde in den letzten Monaten ebenfalls eine ganze Reihe von Kritiken von Admiral Sato, Dr. Shin Ninakawa, Professor an der Keio-Universität, Prof. Tongo Takabe, Dr. S. Yoshino von der Universität Tokio und Jengiro Horigoshi, einem bekannten Kaufmann, veröffentlicht. Die beiden Ersten sind überzeugt, daß nach dem Krieg der Militarismus noch mehr vorherrschen wird als früher. „Die zwei Aufgaben, die unsere Politik nach dem Kriege bestimmen werden, sind eine Erhöhung unserer militärischen Stärke und eine Ausdehnung unserer Industrie und unseres Handels. Mit dem Hauptzweck in der einen und den Waffen in der anderen Hand müssen wir den Weltereignissen begegnen.“ Prof. Takabe führt aus, England und Frankreich seien aus einem langen wertvollen Friedensstraum erwacht und hätten die ganze Bedeutung guter militärischer Vorbereitung erfasst. Deutschland werde sicherlich auch weiterhin auf seine militärischen Machtmittel bauen. Amerika habe die Gelegenheit flug bemerkt, um sich eine militärische Stärke zu verschaffen, die es unter normalen Verhältnissen nie erreicht hätte. Es werde jetzt mit derselben durchgreifenden Energie, die seine industrielle Entwicklung kennzeichnet, auch das militärische System durchzuführen. Dem gegenüber meint Dr. Yoshino, die Japaner begriffen nicht, wie tief das Verlangen der europäischen Völker nach Frieden sei; gerade der dauernde Friede sei ihr großes Kriegsziel.

„Japan Advokaten“ erklärte jüngst in einem Leitartikel, das japanische Volk kümmere sich im Großen und Ganzen um den Krieg nicht. Die Rückkehr der Deutschen nach Japan werde sofort einen dramatischen Umschwung in der Denkart herbeiführen. Mißtrauisch gegenüber den wirklichen Motiven dieses Krieges und von den gigantischen Hilfsmitteln, der enormen Geschwindigkeit und dem gewaltigen Scharsinn überlastet, die dieser Krieg an den Tag bringe, habe Japan Blut und Initiative verloren und sei bereit, sich ganz auf den fernsten Osten zurückzuziehen.

„Socialdemokraten“ sagt dazu, aus diesen Stimmen spreche die große innere Unsicherheit der führenden Männer Japans, welche die Ursache für Japans unklare Haltung sei. Für die demokratische Entwicklung sei auf Japan nicht zu rechnen, der Militarismus sei dort tief eingewurzelt, und ein asiatischer Imperialismus das Ideal aller Japaner. In irgendwelchen internationalen idealen Bestrebungen sei das japanische Volk noch nicht erwacht.

### Ernährungsfragen.

Herrn v. Tilla ins Stammbuch.

Eine erfreulich scharfe Kritik, der man nur zustimmen kann, sieht die „Kölnische Zeitung“ an der Art, wie sich die Reichsstelle für Gemüse und Obst die öffentliche Bewirtschaftung des Reichsgemüses vorstellt. Der Leiter, Geheimrat Oberregierungsrat v. Tilla, hat bekanntlich angekündigt, daß die Zuteilung von Herbstobst und Herbstgemüse haarkalt geteilt werden soll, hat aber dabei gleich von vornherein in die Sonderrechte in Aussicht genommen, daß unvollständige eine befriedigende Versorgung der großstädtlichen Bevölkerung auf normale und rechte Wege ausgeschlossen bleibt. Darum schreibt die „Kölnische Zeitung“ mit vollem Recht:

„Welche Entschlossenheit bei dieser Reichsstelle herrscht, wird nun offenbar, wenn man die Ausnahmen von dieser Beschränkung ins Auge faßt. Einmal wird dem Erzeuger gestattet, daß er soviel wie er will, von seiner Ernte selbst verarbeiten darf. Wer Gelegenheit hatte, den schon im vorigen Herbst und Winter in manchen Gegenden bemerkbar werdenden Handel in Hauskellern zu beobachten, wird davon überzeugt sein, daß die Absatzbeschränkung des unverbarbeiteten Obstes und Gemüses eine Förderung des jeder Aussicht ersorgenen Hauskellerehandels bedeuten wird. Diese Entwicklung stellt aber wieder eine erhebliche Verteuerung von Gemüse und Obst für den Städter dar. Dann darf der Erzeuger mit Genehmigung der Reichsstelle, namentlich an Verwandte und Bekannte, geringe Mengen absetzen. Diese Ausnahme, die die bessere Gemüse- und Obstversorgung bestimmter Personen gegenüber den Bezugsverhältnissen der Allgemeinheit ermöglicht, kann gar nicht scharf genug beurteilt werden. Wird im öffentlichen Interesse in den freien Handel eingegriffen, so ist mindestens zu fordern, daß dann gleiches Recht für alle geltend wird. Die dritte Ausnahme betrifft den direkten Verkauf von nicht mehr als fünf Kilogramm Gemüse beim einem Kilogramm Zwiebeln oder Obst durch den Erzeuger an den Verbraucher. Er soll von der Genehmigungsfrist frei sein. Diese Ermächtigung ist eine offensichtliche Begünstigung der Kreise, die über genügend Geld und Zeit oder Vermögen verfügen, um sich geringe Gemüse vom Lande holen zu lassen. Die ganze, völlig haltlose Regelung kann nur als Mittel bezeichnet werden, den zahlungsfähigen Kreisen und den Erzeugern eine Versorgung in jedem beliebigen Umfang zu ermöglichen, während der kleine Mann in den Städten nach wie vor auf die einmal bessere, einmal schlechtere Versorgung durch den Kommunalverband angewiesen bleibt. Daß solche vorübergehenden Maßnahmen völlig ungeeignet sind, den sozialen Frieden und das Durchhalten zu erleichtern, bedarf keines weiteren Beweises.“

### Gewerkschaftsbewegung.

Regelung der Steuerzulagen in den Genossenschaften. Dem Ausschuss des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stand bisher das Recht nicht zu, Steuerzulagen festzusetzen. Es wurde daher die Form der „Empfehlung“ gewählt, die jedoch von einem Teil nicht als bindend betrachtet wurde und demzufolge zu einer Reihe unliebsamer Vorgänge führte. Der Genossenschaftsverband in Köln beschloß, die Beugnisse des Ausschusses zu erweitern, dahingehend, daß es auch zur Festsetzung der Steuerzulagen berechtigt ist. In seiner Sitzung am 17. Juli wurde demgemäß beschlossen: Die Steuerzulage wird bei Vereinen mit Sämereien und mindestens 20 000 Mk. Gesamtjahresumsatz ab 1. Juli 1918 um 10 Proz. erhöht, ab 1. Oktober 1918 um weitere 5 Proz., bei den übrigen Vereinen um 5 Proz. bzw. 2 1/2 Proz. Die Mindestzulagen betragen 2 resp. 1 1/2 Mk. pro Woche. Ledige, Witwen und Waisen mit eigenem Hausstand sollen den Bebeiträteten gleich behandelt werden. Infolge dieser Neuregelung schwanden die Steuerzulagen der Bebeiträteten in den Genossenschaften für Ledige zwischen 20—30 Proz., für Bebeiträtete mit bis zu zwei Kindern 35—40 Proz. und für Bebeiträtete mit mehr als zwei Kindern 40—55 Proz. Dazu kommen weitere 5 Proz. ab 1. Oktober dieses Jahres.

Arbeitskämpfe in Schweden. Die schwedischen Gewerkschaften haben jetzt eine ganze Reihe von Arbeitslosen und Lohnbewegungen ausgetragen. Im Baugewerbe haben bekanntlich die Arbeitgeber eine das ganze Land umfassende Aussperrung vorgenommen. Große Unruhe herrscht unter den Arbeitern der großen Sägewerke und der Papiermaschinindustrie Nord-Schwedens. Der hiesige Schiedsrichter verurteilt, die bereits ausgebrochenen lokalen Streiks zu beenden und die angeforderten weiteren Arbeitsvermittlungen zu beschleunigen. Ursache der Konflikte ist überall das Verlangen nach Steuerzulagen und Lohn-erhöhung infolge der allgemeinen Preissteigerung. Der Streik der Talararbeiter der hiesigen Monopolfabriken, an dem rund 200 Arbeiter, besonders in Stockholm und Malmö, beteiligt waren, ist nach vierzehntägiger Dauer beendet worden. Die Verwaltung hat versprochen, in diesem Jahre keine Lohnverhandlungen vorzunehmen und keine Vergütungsmaßnahmen gegen die Streikenden zu ergreifen. Auch unter den Arbeitern der hiesigen Schiffbauindustrie ist eine Lohnbewegung im Gange. Da die Arbeitgeberorganisation sich bereit erklärt hat, eine erhebliche Steuerzulage zu gewähren, wird es kaum zum Streit kommen.

### Jugendbewegung.

Die französische Arbeiterjugend. Die „Humanität“ bringt einen — leider recht dürftigen — Bericht über die am 21. Juni abgehaltene Nationalkonferenz der französischen Jugendgruppen. Vertreten waren nur 21 Gruppen durch 33 Delegierte. Leider fehlt die „Humanität“ nicht von den Berichten über den Stand der Jugendbewegung mit. Ein Schlaglicht wirft nur die Bemerkung über eine interessante Diskussion über die Möglichkeit, wie der „Bois des Jeunes“ (Jugendstrome) die Erziehung zu sichern sei. Es wurde das Verhältnis der Jugendbewegung zur Partei und zur Frauenbewegung erörtert und beschlossen, daß für die Leiter der Jugendgruppen keine Altersgrenze zu ziehen sei, die Zusammenarbeit der sozialistischen Jugend mit der bürgerlich-republikanischen wurde von den meisten Rednern abgelehnt. Die Konferenz will auch von der Militarisierung der Jugend nichts wissen und hält die körperliche Erziehung für das Notwendigste. Es vertritt einen stark internationalen, pazifistischen Zug, daß die Konferenz ein Manifest beschlossen hat, in dem „allen jungen Sozialisten aller Länder und allen denen, die überall ein Opfer des Kampfes wider den Krieg geworden sind, brüderliche Grüße übermittelt“ werden.

### Aus dem Gerichtssaal.

Urteil in einem Landesverratsprozeß. Aus Leipzig wird berichtet: Der vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verhandelte gegen den Maschinenbauingenieur Wilhelm Franzen aus Duisburg-Neiderich und den Maschinenbauingenieur Hermann Kubach, ebenfalls, die beide des verübten gemeinschaftlichen Landesverrats angeklagt waren. Nach dem Eröffnungsbeschlusse waren die Angeklagten verurteilt, im November 1917 in Duisburg-Neiderich gemeinschaftlich versucht zu haben, die Arbeiter des Stöckwälderwerkes des rheinischen Stahlwerkes, das mit der Herstellung von Kriegsbedarf beschäftigt war, zur plötzlichen Niederlegung der Arbeit zu bestimmen. Auf dem Stöckwälderwerke hatte ein Arbeiter einen Stahlblock aufstapeln lassen und war deshalb vom Oberingenieur in eine Geldstrafe genommen worden. Die übrigen Arbeiter des Betriebes, 40—50 an der Zahl, hatten die Direktion um Zurücknahme der Strafe, jedoch ohne Erfolg, darauf gelegt die sämtlichen Arbeiter des Stöckwälderwerkes am Morgen des 16. November 1917, eines Freitages, die Arbeit nieder. Dienstag, den 20. November, wurde sie wieder aufgenommen. Beide Angeklagten bestritten sich als nicht schuldig, indem sie behaupteten, daß sie nicht zur Einstellung der Arbeit aufgefordert hätten. Es kam jedoch zur Erörterung, warum gerade die beiden Angeklagten zur Verantwortung gezogen worden sind. Franzen gab an, er sei Mitglied des Arbeiterausschusses gewesen, und zwar als Mitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes; Kubach war, wie er angibt, als Mitglied des Hiesig-Duisburger Verbandes Vertrauensmann der Arbeiter. Beide Angeklagten behaupteten, sie seien wegen dieser ihrer Eigenschaft zur Verleitung ein Dorn im Auge gewesen. Sie selbst haben mit der Niederlegung der Arbeit nicht begonnen. Dies hat vielmehr der Kranführer D. getan, und dessen Arbeitsniederlegung hatte zur notwendigen Folge, daß auch die übrigen Arbeiter aufhören mußten. D. hat dann später durch seine Zeugenansage zur Einleitung der Untersuchung gegen die Angeklagten Veranlassung gegeben. In der Verhandlung hielt jedoch D. als Zeuge seine belastenden Aussagen nicht aufrecht. Die Beweisaufnahme ergab im übrigen nichts für die Angeklagten Belastendes. Sie haben sofort den auf Grund des Hilfsdienstgesetzes eingerichteten Schlichtungsausschuß angerufen und sie versichern, sie würden sofort der Weisung desselben gemäß, die Arbeit wieder aufgenommen haben, auch wenn dessen Entscheidung gegen sie ausgefallen wäre. Es kam zur Sprache, daß die Erledigung des Streikfalles nicht durch die Angeklagten verzögert worden ist; es wurde auch die Vermutung ausgesprochen, daß die Verleitung wegen knapper Zuführen an Kohle vielleicht gar kein Interesse an der sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit hatte. Das Reichsgericht erkannte nicht nur auf kostenlose Freisprechung der beiden Angeklagten, sondern legte auch die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung wurde betont, daß der Streikfall nicht so schnell erledigt wurde, ist nicht die Schuld der Angeklagten gewesen. Die Angeklagten, die seit November 1917, also über acht Monate in Haft waren, wurden sofort in Freiheit gesetzt.

Der falsche Staatsanwalt. Vor einiger Zeit wurde der Mühlener Hühner in Krafa (Sachsen) wegen Kriegsvergehens zu elf Wochen Gefängnis und 8200 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Anwohner Julius Werner in Meißner las den Zeitungsbericht darüber und beschloß, Klage die Strafe bezutreiben. Er fuhr mit einem Geßpann nach Krafa, stellte sich als Staatsanwalt u. Degen vor und verlangte die 8200 Mk. Der Wählerbestyr lud den „Staatsanwalt“ zum Abendbrot ein und zahlte schließlich einen Teil der Strafe, nämlich 3500 Mk. Drei Wochen später erhielt er ein „amtliches“ Schreiben des Staatsanwalts u. Degen mit der Aufforderung, den Rest im Bureau der Staatsanwaltschaft zu zahlen. Der falsche Staatsanwalt ließ natürlich den Wählerbestyr gar nicht bis dorthin gehen, sondern empfing ihn am Bahnhof und lud ihn statt ins Gerichtsgebäude in eine Weinstube! Dort knipste er dem Mann etwas sehr — arglosen Mäher noch 2500 Mk. ab. Als Herr u. Degen aber auch den Rest der Summe einzulösen wollte, ereilte ihn das Schicksal. Er trat in der Wölfe, die er — entgegenkommend, wie nun einmal die Staatsanwälte sind! — zum zweitenmal aufsuchte, nur die Mäherin an, die doch etwas heller zu sein scheint als ihr Gemahl. Sie ließ den Gemeindevorstand kommen, der den Schwindler sehr schnell entlarvte. Darauf erging der falsche Staatsanwalt die Flucht, wurde aber von der ganzen hiesigen Weiblichkeit des Dorfes eingeholt und viele Hände sind des Haken Lot! Das hiesige Landgericht verurteilte, wie man uns berichtet, den „Kolleger“ zu zwei Jahren acht Monaten Zuchthaus, 1500 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

### Aus Nah und Fern.

Das Eisenbahnunglück auf der Ostbahn. Von der Staatsanwaltschaft in Landsberg wird dem „S. L.“ zu dem Eisenbahnunglück auf der Ostbahn folgender Bericht gegeben: „Als Vertreter der Behörden trafen sofort nach Bekanntwerden des Eisenbahnunglücks der Landrat Graf Claron d'Haussonville, der stellvertretende Regierungspräsident, Geheimrat Oberregierungsrat Thon, Kommandant Werner und als Vertreter der Staatsanwaltschaft Professor Dr. Wasmuth an der Unfallstelle mit dem ersten Hilfspolizei. Militär aus Kührin und Landsberg wurde beordert, um bei den Arbeiten zu helfen. Die Wagen des D-Zuges und des Güterzuges, die vollständig demoliert waren, brannten noch bis zum späten Abend. Bis heute vormittag wurden nach den uns vorliegenden Nachrichten 42 Tote und 38 Verletzte festgestellt. Es ist aber leicht möglich, daß sich noch mehrere Opfer unter den Trümmern befinden. Nach den vorliegenden Feststellungen, die sich auf die Aussagen der Bahnbeamten stützen, ist die Kolbenstange des Güterzuges mit großer Wucht aus dem Gefährte weggefallen. Die Schiene des parallel laufenden D-Zuges wurde ausgebeult. Der Hütterzug hielt fort, und das Personal, das die Gefahr für den herankommenden D-Zug bemerkte, wurde durch Winken und Schreien des Lokomotivführers aufmerksam zu machen. Der Führer des D-Zuges bremste; auch und verlagerte die Fahrt, konnte aber die Katastrophe nicht mehr verhindern. Die D-Zug-Maschine drang noch fünf auf den stehenden Güterzug, und die Folge war das Unglück. Kaum war das Unglück geschehen, als am schon aus den umliegenden Dörfern große Menschenmengen, hauptsächlich Frauen, herbeiströmten. Mannschaften und Gendarmen mußten angefordert werden, um die Menge und eine Berührung der Toten und der Verwundeten sowie der Güter zu verhindern.“

So gelang es dem Eingreifen des Majors Werner, mehrere Schiffe dabei abzufallen, als sie sich Wertgegenstände aneignen wollten. Erst die allerhöchste Absperrung schaffte die nötige Ordnung. Bei einem Toten, dessen Personalien noch nicht festgestellt werden konnten, wurden 32 000 Mark in der Briefstube gefunden. Da niemand eine Schuld an der Katastrophe trägt, wird der Staatsanwalt die Untersuchung abbrechen und die Leichen schon heute freigegeben. Von den im Krankenhaus befindlichen Verletzten sind nach drei Personen gestorben. Im Auftrage des Eisenbahnministers haben sich die Geheimräte Schumacher und Heinrich an die Unfallstelle begeben, um ihm Bericht zu erstatten. Nach amtlicher Auffassung ist die Ursache der Katastrophe noch nicht mit solcher Bestimmtheit ergründet, daß sich ein abschließendes Urteil fällen ließe. Die Strecke Schneidemühl—Landsberg ist für D-Züge vorläufig nicht zu befahren; die Züge werden über Frankfurt a. O. umgeleitet. Der lokale Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.“

Die Gräber der gegnerischen Opfer. Folgende Zahlen geben ein Bild, wie viel Kriegsgräber von den Deutschen gepflegt werden und zwar im Frontbereich und in der Heimat:

90 611 Gräber von Franzosen
13 812 „ „ Engländern
292 533 „ „ Russen
4 190 „ „ Belgiern
1 172 „ „ Serben
27 691 „ „ Rumänen
3 024 „ „ Italienern

insgesamt 433 033 Gräber von Gegnern.

Bekämpfung des Schleichhandels in Bayern. Die bayerische Regierung hat einen Erlass gegen den Schleichhandel veröffentlicht, in dem es heißt: „Der Schleichhandel, dieser in neuerer Zeit, der die Lebensmittelversorgung und damit unser wirtschaftliches Durchhalten aufs äußerste gefährdet, muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Die Polizeibehörden, Gendarmeriebehörden und Kommunalverbände werden daher beauftragt, der Aufdeckung des Schleichhandels die größte Sorgfalt zuzuwenden und alles zu tun, um seinem gemeingefährlichen Treiben auf die Spur zu kommen. Es genügt nicht, daß die wenigen Beamten, die dem Sicherheitsdienste im Kriege noch verbleiben sind und die jetzt ein Vielfaches ihrer sonstigen Obliegenheiten zu erledigen haben, diesen Kampf allein aufnehmen. In der Bekämpfung eines Übels, das das ganze Volk bedroht, muß sich vielmehr auch die Allgemeinheit beteiligen. Die Unterstützung ist daher aufzugeben, ihre Wahrnehmungen auf jedem Wege der nächsten Polizeistelle zu übermitteln. Niemand darf untätig zusehen, wie gewissenlose und ehrlose Personen die Not des Vaterlandes betruhen, um ihren Geldbeutel zu füllen und dadurch die gleichzeitige und ausreichende Lebensmittelversorgung der Bevölkerung unmöglich machen. Hier handelt es sich um keine Angelegenheit. Für die Entdeckung und Anzeige gewerbsmäßiger Schleichhandels sind überdies hohe Belohnungen ausgesetzt. Sie können von allen Personen erworben werden, die bei der Aufdeckung von Schleichhandelsfällen mitwirken. Bei der Entdeckung von Schleichhandelsfällen ist auf das strengste vorzugehen. In der letzten Zeit ist in vielen Fällen insbesondere in Kurorten, Sommerfrischorten, Großstädten usw., festgestellt worden, daß die Ernährung in den Gaststätten den Kriegsverhältnissen in keiner Weise entspricht. Viele Gaststätten haben nach den Ermittlungen täglich mittags und abends Fleisch an ihre Gäste oft ohne Marken und in großen Mengen, abgegeben, die schlechten Lage und die Vorschriften über die Vereinfachung der Beköstigung nicht beachtet und sich die Fleischmengen durch zahlreichere Geheimnachlieferungen oder im Schleichhandel verschafft. Es kann nicht geduldet werden, daß während sich die gesamte Bevölkerung mit den geringen Lebensmittelpreisen begnügen muß, die ihr nach der Verbrauchsregel zustehen, die Gaststätten ihren Gästen eine Verpflegung gewähren, die den Vorschriften geradezu Hohn spricht. Die Polizei, insbesondere die Distriktpolizeibehörden, haben daher die Gaststätten sorgfältig zu überwachen und bei Zuwiderhandlungen ist mit der Sperre des Betriebes vorzugehen. Zum Schluß wendet sich die Bekanntmachung an die Kommunalverbände, alles zu tun, um auch den Auswüchsen des Hamsterunwesens mit Nachdruck zu begegnen, und namentlich gegen das gemeinschaftliche Scharen von hamsternden Fremden rüchichtslos einzuschreiten und solche ohne Verzug auszuweisen, im gegebenen Falle sogar festzunehmen.“

Zunehmende Weinpreiskrise. Durch die Mainzer Presse ist folgende Notiz: „Weinpreiskrise in Hessen. Aus einer dem Verbande hiesiger Weinhandeler von der Großherzoglichen Regierung zur Verfügung gestellten Uebersicht über die Tätigkeit der Samperkämmer für Weinkontrolle in drei Jahren vom 1. April 1917 bis 31 März 1918 ergibt sich folgendes (die Zahlen des Jahres sind in Klammern beigefügt): Es wurden im Großherzogtum 32 (46) Betriebe von Produzenten und 232 (224) von Weinhandlern revidiert. Die Zahl der entnommenen Proben betrug bei Produzenten 156 (233), bei Weinhandlern 1013 (918); von diesen Proben wurden bei Produzenten 15 (1), bei Weinhandlern 24 (7). Die Untersuchung ergab Veranlassung zur Anzeige bei Produzenten in 16 (1), bei Weinhandlern in 17 (7) Fällen. Infolge direkter Kelleruntersuchungen wurden außerdem 15 (1) Anzeigen gegen Produzenten und 17 (7) gegen Weinhandler erstattet. Im ganzen erfolgten 11 (4) Verurteilungen und 1 (4) Freisprechung. — Die Blätter unterliegen leider, mit Nachdruck darauf zu verweisen, daß die Ziffern eine ganz erhebliche Zunahme der Fälschungen durch Produzenten und Händler ergeben. Die steigenden Preise zeigen natürlich noch mehr zum Betrag, wie die normalen Verhältnisse. Das Wasser macht sich gegenwärtig glänzend bezahlt.“

Telegraphisten unter sich. Ein nettes Eisenbahngeschichtchen berichtet die schwedische Zeitung „Nya Dagligt Allehanda“. In einem Abteil — so schreibt das Blatt — in dem ein kürzlich erst verheiratetes Ehepaar saß, saßen zwei junge Männer ein und nahmen einander gegenüber Platz. Offensichtlich waren es Telegraphenbeamte, denn alsbald begannen sie sich stumm zu unterhalten, indem sie sich mit ihren Taschenuhren kurze, bestimmte Schlage gaben. „Was für ein entzückendes kleines Fräulein!“ machte der eine. — „Ja,“ antwortete der zweite, „nächstlich sind sie ganz jung verheiratet.“ — „Sieh nur, wie verliebt sie sich ansehen.“ — „Kannst du verstehen, daß das reizende Fräulein sich in ein solches Mißverhältnis vergafft hat?“ — „Nein, das ist unbegreiflich.“ — „Sobald wir in einem langen Tunnel kommen, stelle ich auf und gebe ihr einen Kuß.“ — „Das wirst du doch nicht wagen!“ — „O ja, ich wird eben glauben, daß es ihr Mißverhältnis.“ — Hier wurde die telegraphische Unterhaltung roh unterbrochen, indem der junge Chemann seinerseits ein Taschenuhr herauszog und ebenfalls damit zu klopfen anfang. Er sandte folgendes „Telegramm“ ab: „Ich bin Telegrapheninspektor, und wenn Sie auf der nächsten Station nicht aussteigen, wird das Mißverhältnis, sobald wir in den Tunnel einfahren, Ihre Grünsüßigkeiten dazwischen gegeneinanderstoßen, daß Ihnen alle Küßgestülpe vergehen dürften.“ Die beiden jollen die Ausführung der stummen Drohung nicht abgewartet haben.

Gang wie bei uns! In der am 22. Juni endenden Woche fanden — so berichtet die „Ball Mall Gazette“ — in England 8255 Personen wegen Verletzung der Lebensmittelpolizei vor Gericht, von denen 778 verurteilt wurden; die entsprechenden Ziffern für Schottland sind 43 und 43, für Wales 29 und 28, für Irland 164 und 132.

Die Zahl der Choleraerkrankungen in Petersburg nimmt noch dauernd zu. Wie die „Baltisch-Preussischen Mitteilungen“ vom Peter Gaceta“ entnehmen, wurden am 20. Juli 170 Fälle und am folgenden Tage 209 Fälle registriert.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwart. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.